



lautstark!

Inhalt

Rechte Politik – wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell:	
Die vielen Gesichter der rechten Welle Charlottesville – neue Dimension der extremen Rechten	2
Rückblick: Neonazis geben sich «volksnah»	3
PNOS: Rechtspopulistisch zu neuen Mitgliedern	6
Wileroltigen: Ein Dorf mobilisiert gegen Jenische, Sinti und Roma	8
Fights and Music: Kampfsportevents ganz rechts aussen	10
Rechtsrock: Unterwasser goes Themar	12
Bern: Krawall! Wo?	14
Die Identitären: «Sie» und die anderen	15
Interview mit der Autonomen Antifa Wien	16
Musigburg Aarburg	18
Medientipps	22
Rückblick: Tribunal «NSU-Komplex auflösen»	23
	24

Editorial

Liebe Leser_innen

Auf die lautstark! #25 – die Sondernummer zum NSU – erhielten wir unzählige positive Rückmeldungen, wir danken euch herzlich dafür. Die vorliegende Ausgabe widmet sich wieder einem breiten Themenspektrum, denn Rechtsextremismus hat bekanntlich viele Facetten, Formen und Hintergründe.

Glatzköpfige, biertrinkende Prügelnazis sind seltener anzutreffen, dafür zeigen sich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit je länger je stärker in der Mitte der Gesellschaft. Erschreckend im Sommer 2017 die Situation im Berner Dorf Wileroltigen, wo Rassismus und Antiziganismus über Wochen für Schlagzeilen sorgten.

Als Hipster-Nazis werden die Mitglieder der Identitären bezeichnet; in einem Interview teilen Mitglieder der Autonomen Antifa Wien ihre Einschätzung dieser neuen Bewegung mit uns. In der Schweiz ist sie vor allem in der Westschweiz präsent. Das neue Gewand der Rassist_innen ist vielerorts bereits mehr als eine Modeerscheinung, wir sollten wachsam sein.

Nach Unterwasser SG im Oktober 2016 organisierte das gleiche Umfeld ein Musikfestival in Themar, einem beschaulichen Dorf in Thüringen. Dass Schweizer Neonazis vermehrt Kontakte ins Ausland pflegen, liess sich auch hier beobachten.

«Wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell» – in dieser neuen Rubrik berichtet das lautstark! künftig über rechtspopulistische Strömungen in Politik und Gesellschaft. Wir beginnen mit einer Analyse von Charlottesville/USA, wo eine junge Frau von Rechtsextremen zu Tode gefahren wurde.

In dieser Ausgabe blicken wir mehrfach über die Schweizer Grenzen hinaus, denn Antifaschismus kennt keine Grenzen.

Gute Lektüre!
Euer Redaktionsteam

Rechte Parteien auf dem Vormarsch in die Vergangenheit? Völkisches und rechtsextremes Gedankengut ist nicht nur nach Europa und Nordamerika zurückgekehrt, sondern haben sich mittlerweile in Politik und Gesellschaft neu verankert. Das (Wieder)-Erstarken rechter Kräfte, der Aufschwung rechtspopulistischer Politik und die zunehmend rassistisch bis neonazistischen Tendenzen in der Gesellschaft sind heute wieder deutlich zu erkennen. Unter dem Titel «wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell» berichtet das lautstark! über rechtspopulistische Strömungen in Politik und Gesellschaft.

Rechte Politik – wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell, Einleitung

Die vielen Gesichter der rechten Welle

«Wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell!» sagte Esther Bejarano, letzte Überlebende des «Mädchenorchesters» im Konzentrationslager Auschwitz, im Rahmen ihrer Eröffnungsrede am NSU-Tribunal in Köln im Mai 2017. In Zeiten, in denen wieder Asylunterkünfte brennen würden, Politiker_innen sich offen rassistisch äussern (könnten), Parteien wie die AfD unter dem Deckmantel der Demokratie gewählt werden dürften, aber zeitgleich mit Neonazis paktierten, in der die regelrechte Unterwanderung der Bundeswehr von Rassist_innen bekannt würde – in Zeiten, in denen das alles immer wieder als Neuerscheinung und als Einzelfall abgetan würde, stünden wir nicht mehr vor den Anfängen. «Nein, wir sind mittendrin», ergänzte sie.

Neu ist der Vormarsch der Rechten leider nicht. Die lautstark!-Redaktion hat bereits 2007 in #14 über den Erfolg der rechtsnationalen Schweizerischen Volkspartei (SVP) berichtet und auch in #19 im Oktober 2011 den Schwerpunkt der Ausgabe dem Thema Rechtspopulismus in der Schweiz gewidmet. Damals schrieb die Redaktion «Die SVP triumphiert, Europas extreme Rechte applaudiert». Der Bewunderung anderer rechts-extremer Parteien Europas für das Vorgehen der SVP ist mittlerweile aber längst die Befriedigung nach eigenen Wahlerfolgen gewichen: in Grossbritannien hat sich das Pro-Brexit-Lager um UKIP durchgesetzt, in Frankreich hat es Marine Le Pen und mir ihr der FN im Mai bis in die Stichwahl ums Präsident_innenamt geschafft, in Österreich

steht die FPÖ vor einer Regierungsbeteiligung, in Deutschland wurde die AfD nach der Union und der SPD am 24. September 2017 zur drittstärksten Partei im Bundestag, während sich in Ungarn sogar der national-autoritäre Orbán gegenüber der rechtsextremen Jobbik-Partei abgrenzen muss.

Die genannten Parteien haben sicher Gemeinsamkeiten – nicht zu Letzt auch mit der SVP –, aber es trennen sie auch erhebliche Unterschiede. Wo arbeiten rechte Parteien und Bewegungen länderübergreifend zusammen? Was bedeutet Rechtspopulismus? Wer bedient sich warum welchen Feindbildern? Was sind Argumente und Strategien gegen das Erstarken rechter Strukturen und Parteien? Das sind Fragen, die wir uns stellen müssen. Auch Esther Bejarano erinnerte in Köln an die kollektive Verantwortung aller: «Wenn wir in derartigen Zeiten leben, dann sind wir gefragt und gefordert!» Vor diesem Hintergrund hat sich die Redaktion des lautstark! entschieden, dem Erstarken rechter Parteien, dem Rechtspopulismus und den zunehmend rassistisch aufgeladen geführten Diskursen in der Öffentlichkeit unter dem Titel «Rechte Politik – wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell» eine Rubrik zu widmen.

Hierbei beginnen wir mit den Ereignissen in Charlottesville/USA. Für die vorliegende Ausgabe #26 haben wir den CrimethInc.-Text «From J20 to Charlottesville, Repressing Dissent from Above and Below», publiziert am 18. August 2017 in gekürzter Form übersetzt.

Redaktion

Nach dem Mord an Heather Heyer in Charlottesville, Virginia/USA waren auch in Bern Demonstrant_innen in Gedenken an die Getötete und in Solidarität mit antifaschistischen Aktivist_innen in den USA – die zunehmend Angriffen ausgesetzt sind – auf die Strasse gegangen. Um die Ermordung von Heather Heyer im Kontext des politischen Klimas in den USA darzustellen, hat die lautstark!-Redaktion den CrimethInc.-Text «From J20 to Charlottesville, Repressing Dissent from Above and Below» vom 18. August 2017 übersetzt. Wir drucken eine gekürzte Fassung ab und stellen ihr eine kurze Einleitung voran.

Rechte Politik – wehret den Anfängen ist nicht mehr aktuell, Teil I

Charlottesville – neue Dimension der extremen Rechten

Verschiedene rechtsextreme Gruppen hatten für den 12. August 2017 unter dem Motto «Unite the Right» (Vereint die Rechte) nach Charlottesville mobilisiert, um gegen den Beschluss zu protestieren, die Statue eines Konföderierten-Generals zu entfernen. Unter den Teilnehmenden befanden sich Anhänger_innen der Alt-Right-Bewegung, Mitglieder des Ku-Klux-Klan sowie andere Neonazis.

Trauriger Höhepunkt – aber leider kein Einzelfall – bildet ein tödlicher Angriff auf die Gegendemonstrant_innen: Ein Rechtsextremer raste mit einem Auto in einen Demonstrationszug linker Aktivist_innen. Dabei verletzte er 19 Menschen und tötete die 32-jährige Heather Heyer.

Neu ist nicht die Dimension der Gewaltbereitschaft der «white supremacists» (white supremacy auf Deutsch: Überlegenheit der weissen Rasse), sondern die organisatorische Schwelle, welche die extreme Rechte mit der Kundgebung in Charlottesville überschritten hat. Aus einer breiten Palette von weit gehend blosser «Online»-Gruppierungen scheint eine Bewegung geworden zu sein, die heute wieder in der Lage ist, hunderte von Menschen verschiedener rechtsextremer Lager vereint auf die Strasse zu mobilisieren.

Redaktion

Von Trump nach Charlottesville

Nach den Massenmobilisierungen von zum Beispiel «Occupy Wall Street» und der «Black-Lives-Matter»-Bewegung oder den langandauernden Pipeline-Protesten in Standing Rock, haben in den letzten zwei Jahren rechte Strömungen in Politik und Gesellschaft linkem Protest in den USA faktisch «den Krieg erklärt».

Der Kampf gegen soziale Bewegungen wird von zwei Seiten her geführt. Zum einen «von oben» durch Polizei, Gerichte oder mit Mitteln der Gesetzgebung, zum anderen «von unten» durch faschistische Gruppierungen und Attacken einzelner Extremist_innen. Die nach den Ereignissen in Charlottesville Seitens Trump ausgebliebene Distanzierung zeigt, dass das Weisse Haus heute auf der Seite jener steht, die rechte Gewalt propagieren und ausüben. Der Angriff in Charlottesville ist kein Einzelfall, sondern Teil der jüngsten Auswirkungen dieses Zusammenspiels staatlicher und nicht-staatlicher Kräfte.

Strafverfolgung und Gesetzgebung

Staatliche Repression an sich ist zwar nichts Neues; die letzten zwei Jahre zeigen aber ein deutlich härteres Durchgreifen gegenüber Protestbewegungen. Die USA wurden in den letzten Jahren immer wieder von breiten Protesten «erschüttert». So hat der Aufstand in Ferguson zum Beispiel rassistische Polizeigewalt in den öffentlichen Fokus gerückt. Die mit diesen Massenprotesten einhergehende Vorstellung der «Unregierbarkeit» von «Black Communities», armer Bevölkerungsschichten oder radikaler Aktivist_innen ist den einen Motivation, versetzt andere aber in Angst und Schrecken. So haben Protestierende von den Demonstrationen in Ferguson inspiriert im



«No racist USA #Charlottesville»

Eine der zahlreichen Demonstrationen in Solidarität mit Charlottesville: am 13. August 2017 haben sich in Minneapolis/USA rund 1000 Menschen versammelt, um gegen weisse Nationalist_innen zu demonstrieren.

..... ganzen Land Autobahnen blockiert, Polizeistationen besetzt, Pipelines sabotiert, Flughäfen lahmgelegt und Trumps Wahlveranstaltungen gestört.

Die Verteidiger_innen des sozioökonomischen Status quo – und insbesondere der in den USA heute noch wirkenden Rassentrennung – haben sich der sozialen Unruhen und Protestwellen bedient, um vorstädtische Angst vor Unordnung und innerhalb der «weissen Arbeiter_innenklasse» Ablehnung zu schüren. Aus diesen rassistisch aufgeladenen Ängsten hat Trump mit seinem Image als «law and order»-Kandidat politisches Kapital geschlagen.

Ab dem ersten Tag im Amt hat die neue Regierung sodann das Wahlversprechen, hart gegen jeglichen sozialen Widerstand vorzugehen, um diesen letztlich niederzuschlagen, eingelöst: Am 20. Januar 2017 – dem «J20», Tag der Amtseinführung – wurden über 200 Personen eingekesselt und festgenommen. Sie müssen nun wegen angeblicher Teilnahme an Protestaktionen und unter

härtester Anwendung der derzeit geltenden Gesetze mit mehrjährigen Freiheitsstrafen rechnen. In Ergänzung zu den bereits bestehenden juristischen Mitteln sollen die rechtlichen Möglichkeiten zur Kriminalisierung von Demonstrierenden durch die Gesetzgebung noch weiter ausgedehnt werden. So haben rechte Politiker_innen in fast zwanzig US-Bundesstaaten dieses Jahr so genannte «Anti-Demonstrations»-Gesetze vorgeschlagen, die zusätzliche Verbote von Protestaktionen beinhalten, die weitreichende Beschlagnahmung von Vermögenswerten oder sogar den Einsatz bewaffneter Drohnen an Demonstrationen regeln sollen.

All diese neuen Gesetze respektive die Versuche, solche einzuführen, sind als direkte Antwort auf die Proteste der letzten Jahre zu verstehen, die den gesellschaftlichen Status quo in den USA tatsächlich zu stören drohen.

Als Antwort auf den Widerstand indigener Bevölkerungsgruppen und deren Unterstützer_innen gegen den Bau von Pipelines etwa, wurden

Gesetze erlassen, welche jegliche Störung der Energieinfrastruktur unter Strafe stellen. In North Carolina wurden die massiven Proteste nach dem Tod von Keith Lamont Scott, der 2016 von der Polizei ermordet worden war, offen als Grund für die gesetzgeberischen Vorstöße genannt. Auch haben die weitverbreiteten Autobahnblockaden während den Anti-Polizeiprotesten der letzten Jahre Gesetzgebungsbestrebungen vorangetrieben, welche die Störung des Strassenverkehrs ins Visier nahmen – inklusive die so genannten «hit and kill»-Gesetze. Etwa in Florida, North Dakota und Tennessee hat es Versuche gegeben, gesetzlich zu regeln, wann das Überfahren von Demonstrierenden mit dem eigenen Auto gerechtfertigt sei und damit keine rechtliche Konsequenzen haben soll – eine Forderung, die im Lichte der Ereignisse von Charlottesville besonders grausam erscheint. Zwei der zahllosen Screenshots von rechtsextremen Social Media Seiten belegen sodann auch eindeutig, dass diese «hit and kill»-Gesetze, den Mord von Charlottesville befeuert haben.

Selbstjustiz von rechts

Rechtliche Mittel alleine dürften nicht genügen, um dem weit verbreiteten sozialen Widerstand entgegenzutreten. An diesem Punkt kommt die ausserparlamentarische radikale Rechte ins Spiel: Wo die Polizei und juristische Restriktionen es nicht vermocht haben, Proteste zu verhindern, tauchen neu bewaffnete Rechtsextreme auf und «greifen ein». In den USA gibt es Bundesstaaten mit einer ausgeprägten «Waffenkultur» und Gesetzen, die es erlauben, Waffen offen zu tragen. Hier von ausgehend haben rechte Demonstrant_innen zwar auch früher schon offensichtlich bewaffnet an ihren eigenen Aufmärschen teilgenommen; bis vor kurzem waren diese aber nicht als Gegendemonstrant_innen an Veranstaltungen ihrer politischen Gegner_innen aufgetreten.

Spätestens seit Trumps Amtseinführung am 20. Januar 2017 haben die Alt-Right-Bewegung und andere rechtsextreme Gruppierungen langsam aber sicher begonnen, ihre Online-Drohungen in die Tat umzusetzen: Nach Trumps Wahl wurde auf zahlreichen Medienkanälen von einem unmittelbaren Anstieg rassistischer, xenophober und anti-muslimischer Aktivitäten berichtet – von Graffiti über verbale Attacken hin zu physischen Angriffen. Der Wahlkampf und insbesondere die Wahl eines US-Präsidenten, der weisse Nationalist_innen offen hofierte, hatte als Katalysator für rechte Gewalt gedient: 2015 haben schwerbewaff-

nete Rechtsextreme in eine Besetzung durch die «Black-Lives-Matter»-Bewegung in Minneapolis geschossen und fünf Protestierende dabei verletzt, während seiner Wahlkampagne haben Trump-Unterstützer_innen regelmässig Gegendemonstrant_innen angegriffen und in Seattle schoss ein Anhänger von Milo Yiannopoulos einem antirassistischen Demonstranten in den Bauch.

Und trotzdem, es sind die Antifaschist_innen, die im öffentlichen Diskurs die Feindbilder sind. Ein öffentlicher Diskurs, der von Politiker_innen, Polizei und bürgerlichen Medien geprägt wird – alles Institutionen, die der Aufrechterhaltung der bestehenden Machtverhältnisse dienen.

Was das alles bedeutet

Der Mord an Heather Heyer in Charlottesville ist leider nur das jüngste Beispiel in diesem Crescendo von Hass und Gewalt in der US-amerikanischen Politik. Ihr Tod darf nicht als Einzelfall begriffen, sondern es muss der gesellschaftliche Kontext und insbesondere die Entwicklung rechter Strukturen – staatlichen und nicht-staatlichen – betrachtet werden. Die heute sichtbare gewalttätige Eskalation zeichnet sich jedenfalls bereits seit Jahren ab.

Mit der Gleichstellung von Faschismus und Antifaschismus – auch Trump hat sich in seiner ersten Rede nach den Ereignissen in Charlottesville ausdrücklich so geäussert – wird der Staat als einzige Kraft dargestellt, die in der Lage sei, Recht und Ordnung wieder herzustellen. Dazu bedürfe es lediglich mehr Polizei, mehr Überwachung, mehr Kontrolle. Die Interventionen Seitens Polizei, Justiz und rechtsextremer Strukturen bestätigen jedoch die Bedrohung, welche die Protestbewegungen für den Status quo bedeuten.

Unsere eigenen Möglichkeiten sind klar: Wir können uns die Strassen nehmen und gemeinsam gegen Rassismus, Faschismus und jede Form von Ausgrenzung kämpfen oder wir bleiben zu Hause. Es ist unsere Wahl.

*CrimethInc., 18. August 2017
Übersetzung durch Redaktion*

*CrimethInc. ist keine Organisation mit Mitgliedern, sondern ein Netzwerk anarchistischer Agitation. Seit über 20 Jahren werden Bücher, Texte, Analysen, Poster, ein Podcast und vieles mehr veröffentlicht – alles ohne Copyright.
Englisch: <https://crimethinc.com>
Deutsch: <http://crimethinc.blogspot.de>*

Nur weil es seit dem Konzertanlass in Unterwasser im Oktober 2016 medial wieder ruhiger geworden ist, heisst das nicht, dass sich die extreme Rechte in der Schweiz still verhält. Wir blicken ein Jahr zurück.

Blick nach rechts

Neonazis geben sich «volksnah»

Sechzehn Jahre nach der Gründung will die altbekannte Neonazipartei Partei national orientierter Schweizer PNOS neue Wege gehen. Sie geben sich ein neues Image und wollen für den Nachwuchs ansprechender werden.

Als im Sommer 2016 einige junge Leute der Region Oberaargau auf die aus ihrer Sicht unbefriedigende Nachtleben-Situation aufmerksam machen und für eine Nacht das Risi-Bad in Aarwangen BE besetzen wollten, stellten sich die Angehörigen des PNOS-eigenen Sicherheitsdienstes «Ahnensturm» auf die Hinterbeine und proklamierten eine «national befreite Zone». Offen drohte der Ahnensturm den Organisator_innen und liess durchblicken, dass wer sich in dieser Nacht auf dem Gelände des Freibades bewegen sollte, sofort angegriffen würde. Die Veranstalter_innen des so genannten Risi-Dance zogen den Aufruf für ihre Protestaktion aus Angst vor gewalttätigen Übergriffen zurück.

Im Sommer 2017 wagte die PNOS gar den Zusammenschluss mit der dem Untergang geweihten Gammelpartei Direktdemokratische Partei Schweiz (DPS) (siehe Seite 9).

In Wileroltigen BE tobte diesen Sommer ein Sturm gegen einen Transitplatz für Sinti, Jenische und Roma (siehe Seite 10). In Bürger_innenwehr-Manier formierte sich der Widerstand gegen das «Unbekannte», das «richtig» instrumentalisiert, Menschen Angst einzufliessen vermag. Plötzlich engagierten sich dort Rechtspopulist_innen, Neonazis und selbsternannte Heimatschützer_innen von nah und fern gemeinsam für die ihnen bisher völlig unbekannte Gemeinde im Berner Mittelland und versuchten, «alteingesessene Werte» zu erhalten und verteidigen

Auch anderswo versuchen Deutschschweizer Neonazis und ihre verwandten etablierten Parteien, durch volksnahe Aktionen Stimmung zu machen. Die Junge SVP verteilte am 16. September 2017 in Biel/Bienne BE 1000 gratis Schokoküsse um gegen eine «übertriebene politische Korrektheit in der deutschen Sprache» zu demonstrieren. Mit Slogans wie «Kein Mohrenkopf ist illegal» und «Je suis Mohrenkopf» versuchten sie, Bürger_innen für ihre Anliegen zu gewinnen.

Dynamik in der Westschweiz

Kam es in der Deutschschweiz zu szeneeinterne Umstrukturierungen, ist die Westschweiz weiterhin von der rechten Dynamik aus Frankreich beeinflusst.

Die französische Bewegung der Identitären bildet sowohl aktionistisch wie ideologisch ein starkes Vorbild. Einzelne Westschweizer Exponent_innen sind im «Bloc identitaire» aktiv. So etwa der aus Genf stammende Jean-David Cattin, der für die Identitäre Bewegung die Aktion «Defense Europe» koordiniert(e) (siehe Seite 16).

Die Zusammenarbeit in der Grenzregion Genf verstärkte sich in den letzten Jahren laufend. Das französische Bündnis «Autour du Lac» agiert etwa in der ganzen Region Genfer See und macht damit seinem Namen alle Ehre.

Die Walliser Gruppe «Renaissance Helvétique» hat sich unlängst umbenannt und tritt nun unter dem Label «Résistance Helvétique» auf. Sie hat ihr Einflussgebiet ausgebaut und verfügt über mehrere Ableger in der Westschweiz. Damit gibt es neben der von Philippe Brennenstuhl dominierten PNS eine weitere etablierte Struktur in der Waadt.

Ergänzt werden diese rechtsextremen Gruppierungen durch die in Genf aktive Kameradschaft Kalvingrad Patriote, die als Brückenbauerin zwischen den neueren Gruppen agiert. So waren es Angehörige von «Kalvingrad Patriote», die im April 2017 in Genf ein erstes Kampfsportevent unter dem Namen «Cabochards Contest» organisierten. Beteiligt haben sich alle genannten Gruppen respektive ihre assoziierten Sportler_innen.

Am 10. Juni 2017 nahmen an einem Kampfsportevent in der Region Rhone-Alps rund 300 Personen teil. Sie liessen den Abend bei Konzerten von Green Arrows (I), Jolly Rogers (E) und KMVII (I) ausklingen. Auch Schweizer Hammerskins (SHS) waren an diesem Anlass beteiligt (siehe Seite 12).

Die «Résistance Helvétique» bemüht sich aber auch um ein politisches Image. Sie organisierte Konferenzen, nahm an diversen Veranstaltungen im Ausland teil und gibt sich, im Gegensatz zu den anderen Organisationen der Westschweiz, sehr medienaffin.

Musik verbindet

Der Grossanlass «Rocktoberfest» am 15. Oktober 2016 in Unterwasser SG zeigte deutlich, dass es für Neonazis bisher relativ einfach war, in der Schweiz Konzerte durchzuführen. Organisator_innen liefen kaum Gefahr, dass Veranstaltungen von Behördenseite verboten oder aufgelöst würden. Kurz nach Unterwasser war der Druck auf die Behörden, aktiver gegen solche Veranstaltungen vorzugehen, gestiegen. Trotzdem fanden weitere Konzerte in und um die Schweiz statt.

Im Grenzgebiet um Genf gab es mindestens zwei Events. Auch im Tessiner Grenzgebiet ist ein Konzert aus den Reihen von B&H/C18 bekannt geworden. Zudem hat die deutsche Band Skalinger diesen Sommer in der Schweiz gespielt.

In Lausanne verhinderte die Polizei am 2. November 2016 die «Konferenz zum Nationalismus», an der die Band Frakass (F) hätte auftreten sollen. Ein weiteres Konzert, das durch die Strukturen der «Crew 38 Romandie» organisiert wurde, ist polizeilich verhindert worden. Im Sommer vorher, am 2. Juli 2016, fand im Kanton Waadt ein Konzertabend mit drei Bands statt. Organisiert wurde der damalige Anlass ebenfalls über die ansässigen Hammerskin-Strukturen. Diese Konzerte konnten ungestört über die Bühne gehen.

Natürlich versuchte die rechtsextreme Szene, an den grossen «Erfolg» von Unterwasser anzuknüpfen: Im Juli 2017 wurden in Themar (Thüringen/D) durch das selbe Umfeld weitere Konzerte veranstaltet (siehe Seite 14).

Der Gewinn der Anlässe dürfte hoch ausgefallen sein und wird wohl mindestens zum Teil den Angeklagten im so genannten Ballstädt-Prozess zugutekommen. Ein Teil des Gewinns dürfte u.a. in die hiesigen Strukturen geflossen sein.

Dank des medialen Drucks im Nachgang zu Unterwasser wurden mehrere behördliche Einreisesperren gegen rechtsextreme Bands erwirkt: Gegen Phil Flak (D), der im Oktober 2016 beim PNOS-Event spielte, wurde eine Einreisesperre erwirkt. Die zuständigen Behörden setzten diese jedoch erst nach dem Auftritt durch. Im Januar 2017 wurde bei Polizeikontrollen vor einem durch die PNOS organisierten Konzert eine Person wegen gültiger Einreisesperre angehalten. Beim Hammerskin-Konzert im Sommer 2017 im fribourgischen Séry konnten die Bandmitglieder von Katastroph (I) wegen der Einreisesperren die Grenze nicht passieren – dieser Konzertabend fiel ins Wasser.

Reisefreudige Schweizer Neonazis

Nach wie vor scheinen Schweizer Neonazis gerne an Anlässen im Ausland teilzunehmen und sich europäisch besser zu vernetzen. So sind auch dieses Jahr Mitglieder von B&H/C18 Zürich am Rudolf Hess-Gedenkmarsch in Spandau beobachtet worden und Exponent_innen der frankophonen Gruppen rund um «Résistance Helvétique» nahmen im November 2016 am Grossaufmarsch der Nationalist_innen in Polen teil.

Die Anlässe im Ausland scheinen wichtiger geworden zu sein, weil praktisch alle schweizerischen (Schlacht)-Aufmärsche ausgesetzt wurden oder nicht mehr in der früheren Form durchgeführt werden können (Rütli, Sempach).

Beobachtet wurde zudem eine Annäherung der Schweizer und der osteuropäischen Neonaziszene. Den Hammerskins nahestehende Neonazis aus der Romandie reisten mit der französischen NSBM-Band Peste Noire nach Kiew und pflegten dort bereits bestehende Kontakte. Dass Schweizer Neonazis aus der Romandie via «Misanthropic Division» die Kämpfe in der Ukraine und des «Azov-Batallions» unterstützten, war bereits früher bekannt geworden. Weitere Beispiele für eine Annäherung sind die Ausflüge von Exponent_innen der Hammerskins nach Polen und Tschechien sowie in den Balkan im Jahr 2017. Auch das Moskauer «Crew 38» Chapter steht mindestens seit 2012 unter dem Patronat der Schweizer HS. Schliesslich hat die PNOS im Februar 2017 den Russen Denis Nikitin ans Selbstverteidigungsseminar und an den russischen Kulturtag in einer Waldhütte in Aarberg eingeladen (siehe Seite 8).

Die gleiche Offenheit gegenüber den osteuropäischen Rechtsextremen zeigte auch die Schweizer Rechtsrockband Amok, sie trat am 11. März 2017 in Polen auf. Organisiert war das Event von den B&H/C18 Strukturen. Nebst Amok traten Szenegrößen wie Oidoxie (D) und weitere Bands aus dem B&H-Spektrum auf.

Amok sorgte diesen Sommer für ein Novum: Die Musiker der Band, die stets darauf bedacht waren, nicht öffentlich aufzutreten, machten eine Ausnahme und gaben Bandinfos bekannt: Am Eichsfeldtag in Leinefelde (Thüringen/D), organisiert von Thorsten Heise, waren neben dem einzigen langjährigen und konstanten Mitglied Kevin Gutmann, Jürg Steiner und am Bass Stefan Schälchli auf der Bühne zu sehen. Es erstaunt wenig, dass die über die Jahre frei gewordenen Plätze in der Band mit Mitgliedern aus den B&H/C18-Reihen besetzt wurden.

Redaktion

In den meisten europäischen Ländern weht der Wind derzeit stark von rechts. Auch in der Schweiz, wo die Partei national orientierter Schweizer (PNOS) neue rechtspopulistische Methoden ausprobiert.

PNOS entwickelt sich

Rechtspopulistisch zu neuen Mitgliedern

Nachdem die Mitgliederzahlen der PNOS in den letzten Jahren nicht nur stagnierten, sondern gar rückläufig waren, orientierte sich das Kader der Partei neu. Europaweit entstanden neue Kleinstparteien, die mit viel Einfallsreichtum zeigen, wie man die Massen begeistert. Da wollte auch die PNOS nicht zurückstehen.

In den letzten Monaten wurde die Partei beinahe «popig». Anlässe wirkten jünger und dynamischer. Die immer gleichen Vortragsabende mit den immer gleichen Referent_innen sind zwar nicht komplett verschwunden, das Programm wird jedoch zum Beispiel durch Konzertanlässe aufgelockert.

Beim Konzertanlass am 22. Oktober 2016 in Kaltbrunn SG sah sich die Partei wegen der medialen Aufmerksamkeit nach Unterwasser (siehe Lautstark #24), einigem öffentlichen Druck ausgesetzt – die Nerven des Personals lagen blank.

Unter anderem verwies Cederic Stoller, Mitglied des parteieigenen Sicherheitsdienstes Ahnensturm, einen Journalisten der «Rundschau» aggressiv des Platzes. Und der für diesen Abend angereiste Musiker Philipp Neumann alias Phil Flak wurde nach dem Konzert durch die Polizei an die Schweizer Grenze geführt, weil gegen ihn eine Einreisesperre erwirkt worden war.

Die PNOS liess sich durch diese Ereignisse aber nicht aus dem (neuen) Konzept bringen. Im Februar 2017 ist erneut der russische Rechtsextremist und White-Rex-Aktivist Denis Nikitin an ein Selbstverteidigungsseminar in die Schweiz eingeladen worden. Eingebettet war das Seminar in ein Wochenende, an dem auch ein Vortrag über die russische Kultur, folkloristische musikalische Darbietungen und passendes Essen angeboten wurden.

Zum neuen Image der PNOS gehören auch Transparent-Aktionen. So hissten Parteimitglieder im August an einer Mauer der Ruine in Stein ob Baden ein Banner mit der Aufschrift «Islam stoppen – Frauen schützen». In der Nacht vor dem Sans-Papiers-Solidaritäts-Lauf in Bern Anfang September 2017 verstreuten PNOS-Aktivist_innen 10000 fingierte Flugtickets in den Gassen von

Bern, welche – ganz im Stil einer Aktion der Identitären Bewegung (siehe Seite 16) – Flüchtlinge one way zurück nach Eritrea schicken sollten. Da es in dieser Nacht stark geregnet hatte, blieb von der Aktion lediglich ein grosser Papier-Maché-Haufen zurück.

Sektionendichte trägt

Auf den ersten Blick scheint die neue Strategie der PNOS aufzugehen. Auf der Website der Mutterpartei erscheinen immer weitere Sektionen, einige Führungsfiguren haben gewechselt und verleihen der PNOS ein neues, junges Gesicht. Bei genauerer Betrachtung fällt jedoch auf, dass hinter den einzelnen Sektionen selten mehr als eine Handvoll Leute stehen. Jüngst kam zum Beispiel die Sektion Appenzell dazu und auch im Graubünden stiessen – glaubt man der Website – die Ideen der PNOS auf reges Interesse.

Bekam die PNOS mediale Aufmerksamkeit, dann nicht zu ihrem Vorteil: Beispielsweise die ebenfalls noch junge Sektion Solothurn weil deren stellvertretender Sektionsleiter Marcel Eggers die Junioren des FC Subigen trainierte. Der Fussballclub trennte sich nach Bekanntwerden umgehend von seinem Trainer. Eine rechtfertigende Videobotschaft der Sektionsleitung konnte die Anschuldigungen gegen Eggers nicht entkräften; im Gegenteil, der schlecht auswendig gelernte Text wirkte wie eine dilettantische Schultheatervorstellung und unterstrich durch die repetitiven Aussagen das Unvermögen der Sektion.

In Bezug auf die Sektion Zürich wurde bekannt, dass der stellvertretende Sektionsvorsteher, Raphael Rotzer, zeitgleich als Präsident der Zürcher Oberländer Sektion der Gewerkschaft des Verkehrspersonals (SEV) amtierte.

Vernetzung über die Grenzen hinweg

Problemloser und erfolgreich funktionieren die Kontakte mit gleichgesinnten ausländischen Organisationen. Während die PNOS-Kader immer wieder betonen, die Partei sei nicht rechtsextrem, die Nähe zu Neonazis an Anlässen nur zufällig und ihre Mitglieder eigentlich grundständige Eid-



PNOS-Kader Dominic Lüthard (mitte) und Flo Gerber (links) spielen ein Lied an der Jubiläumsfeier der Sektion CasaPound Italia Roma Nord am 22. September 2017 in Rom.



«Rastplatz Walensee bleibt!», 4. Oktober 2017
Die PNOS weiss, was wirklich wichtig ist.

genoss_innen, trafen sich ein paar der welschen PNS-Kader letztes Jahr mit führenden Kräften der Blood & Honour-Division Ungarn in Budapest, wo sie sich beim gemeinsamen ausgelassenen Abendessen auch zusammen fotografieren liessen.

Die Partei pflegt ausserdem seit längerem gute Kontakte zur italienischen «CasaPound»-Bewegung. Im September 2017 fand ein Städtetrip nach Rom statt – das ortsansässige «CasaPound» stand den 15 Reisenden zur Seite. Auch wurden immer wieder Vertretungen der «CasaPound» für Vorträge in die Schweiz geholt: Die Bewegung dient der PNOS als Vorbild, weil sie sich in Italien mit eigenen Sozialprojekten und eigenen Häusern mittlerweile ziemlich etabliert hat. Eine solche Verankerung in der Gesellschaft hat die PNOS hierzulande bislang (glücklicherweise) nicht erreicht.

Schulterschluss der Kleinstparteien

Es gibt aber noch mehr Veränderungen: Mitte 2017 haben sich die PNOS und die Direktdemokratische Partei Schweiz (DPS) für einen künftig gemeinsamen Weg entschieden und die beiden Parteien zusammengeschlossen. Die bislang eher unbekannt Mini-Partei DPS wurde 2012 in Brunnen SZ gegründet und bestand nur aus einigen wenigen, meist älteren Personen, von denen sich die meisten von der SVP losgesagt hatten. Versuche, die DPS bei Wahlen zu etablieren, scheiterten kolossal. Auch eine Demonstration in Bern kam nie zu Stande, da die Hauptinitiantin Brigitte Hagen an den Auflagen der Berner Behörden scheiterte. Lediglich in St. Gallen konnte eine Kundgebung durchgeführt werden, wegen der geringen Teilnehmer_innenzahl (ca. 20 Personen) wurde sie jedoch nicht ernstgenommen.

Auch wenn die DPS weitere Parteimitglieder hat, vor dem Schulterschluss mit der PNOS stand beinahe nur noch Ignaz Bearth Holdener im Rampenlicht. Neu soll er als Auslandbeauftragter der PNOS tätig sein.

Im Ausland gefeiert, in der Heimat verpönt

Als selbsternannter Retter des Abendlandes tingelt Ignaz Bearth seit einiger Zeit von Kundge-

bung zu Kundgebung, vorwiegend in Deutschland, und spielt sich dort als Star der Pegida-Bewegung auf. Der Versuch, Pegida-Strukturen auch in der Schweiz zu etablieren, scheiterte: So hat Bearth in verschiedenen Schweizer Städten Gesuche um Bewilligungen für Demonstrationen eingereicht, nur zwei davon wurden (vorerst) bewilligt. Nachdem Gegendemonstrationen angekündigt worden waren, entzogen die jeweiligen Behörden beide Bewilligungen wieder.

Bearth inszeniert sich als Social Media-Star und publiziert all seine Auslandsauftritte, Wanderungen und Ansprachen (teils live) auf Facebook. Seine Beiträge sind nur schwer auszuhalten und an Lächerlichkeit kaum zu überbieten. Mit den immer gleichen Floskeln hangelt er sich von Thema zu Thema, wird dabei nie konkret, sondern beruft sich einzig und alleine darauf, dass «wir das Volk seien» (also auch er...) und ruft im nächsten Atemzug als Schweizer in Deutschland «Deutschland den Deutschen, die Schweiz den Schweizern». Dabei sieht er sich als Vorreiter einer neuen, bürger_innennahen Bewegung.

Viele Neuerungen, kaum Veränderungen

Trotz den neuen rechtspopulistischen Bemühungen gelingt es der PNOS kaum, relevanter zu werden; sie ist nach wie vor ein kleines Licht, welches im Luftzug der Schweizer Politlandschaft flackert. Nichtsdestotrotz ist es wichtig und richtig über die wahren Absichten der PNOS zu informieren und diese deutlich zu benennen: die PNOS war, ist und bleibt eine rechtsextreme Partei, welche klare rassistische Ziele, Positionen und Forderungen vertritt – und sich für Rastplätze einsetzt.

Redaktion

Die Vorkommnisse in Wileroltigen BE sind beispielhaft für den tief verwurzelten und dennoch wenig thematisierten Antiziganismus in der Schweiz. Auf Bundesebene werden Fahrende seit den 1980er-Jahren zwar zunehmend unterstützt und seit Ende der 1990er sind Fahrende als nationale Minderheit anerkannt. Auf lokaler Ebene beherrschen jedoch antiziganistische Vorurteile die öffentliche Debatte und den Umgang mit Jenischen, Sinti und Roma.

Wileroltigen

Ein Dorf mobilisiert gegen Jenische, Sinti und Roma

In öffentlichen Diskussionen werden die Begriffe Sinti, Jenische, Roma und Fahrende häufig synonym verwendet. Damit werden Gruppen und Lebensweisen vermischt und eine Einheit suggeriert, die es so nicht gibt. Unter «die» Jenischen, Sinti und Roma subsumieren sich etwa vierzig Untergruppen, die jeweils einen Dialekt oder sogar eine eigene Sprache sprechen – und nur wenige von ihnen pflegen eine fahrende Lebensweise. Als Minderheit anerkannt sind jedoch nicht die einzelnen Gruppen, sondern «Fahrende» im Wortsinn, da deren Lebensweise von jener der Mehrheitsgesellschaft abweicht, weshalb sie der Diskriminierung ausgesetzt sind.

In einer Petition an den Bundesrat haben Sinti und Jenische 2016 gefordert, dass sie unter diesen Selbstbezeichnungen und nicht bloss indirekt unter dem Namen «Fahrende» als Minderheiten anerkannt werden.

Im Folgenden wird der Begriff Fahrende verwendet, da der Konflikt in Wileroltigen sich an eben dieser nicht sesshaften Lebensweise entzündet hatte.

Antiziganismus in der Schweiz

Nach 1848 wurde versucht, alle «heimatlosen» Personen zu identifizieren und fest anzusiedeln. Dies entsprach der Logik des jungen Nationalstaates, der sein Territorium und seine Bürger_innen definieren wollte. Der zwanghaften Integration «Schweizer» Fahrenden stand die Abwehr «fremder» Fahrenden gegenüber, denen die Kantone die Einreise in ihr Territorium verboten.

Ab 1905 stieg sodann auch der Bund in die antiziganistische Abwehrpolitik ein und empfahl die Abschiebung von «Z...banden» ins Ausland und die erkennungsdienstliche Erfassung von Fahrenden. Selbst während des Zweiten Weltkriegs wurde an der restriktiven Abschiebepolitik festgehalten; erst 1972 wurde sie aufgehoben.

Die ordnungspolitischen Massnahmen wurden ab 1926 durch sozialpolitische erweitert, die sich spezifisch gegen «einheimische» Fahrende wandten: Die Kinder von Fahrenden wurden ihren Eltern weggenommen und fremdplatziert. Der fahrenden Lebensweise entzogen sollten sie zu «brauchbaren Gliedern» der Gesellschaft umgezogen werden. Die «Stiftung Pro Juventute» mit ihrem Projekt «Kinder der Landstrasse» war mit den Fremdplatzierungen beauftragt; erst 1972 fanden sie ein Ende.

In den 1970er-Jahren begannen sich Jenische, Sinti und Roma selbst zu organisieren und kämpften um politische und gesellschaftliche Anerkennung. 1998 wurden die Schweizer Fahrenden offiziell zur nationalen Minderheit und seit 1997 ist das Jenische als territorial nicht gebundene Sprache geschützt. Seit 2003 gilt das Reisendengewerbegesetz, das die Ausübung mobiler Berufe regelt.

Trotz dieser Schritte auf Bundesebene sind Vorurteile gegenüber Fahrenden fest in den Köpfen der Mehrheitsgesellschaft verankert – nicht nur in der Schweiz. Stell- und Transitplätze bilden oft den Kristallisationspunkt der Auseinandersetzungen.

Wileroltigen – eine Chronologie

Wileroltigen: ein kleines Dorf an der A1 zwischen Bern und Murten mit etwas mehr als dreihundert Einwohner_innen. Dort liessen sich im Juni 2017 Jenische auf einem Grundstück des Bundesamts für Strassen (ASTRA) nieder; das Gelände ist vom Kanton als Transitplatz für Fahrende vorgesehen. Es folgten Wagen mit französischen und spanischen Autokennzeichen und in den sozialen Medien fanden sich erste hetzerische Posts, welche bald medial aufgegriffen wurden. Im ersten Interview kommentiert Gemeindepräsident Christian Grossenbacher das Geschehen wie folgt: «Aber seit eine Sippe von Roma aus Spanien dazu kam, gibt es Probleme». Weil die Spanier_innen ungern

22. Mai 1940:
Sammelplatz für die
Deportation von Sinti
und Roma in Asperg/
Baden-Württemberg.
Nach Schätzungen
fielen 500 000 Sinti und
Roma dem Nationalso-
zialismus zum Opfer.
Ein Völkermord, der bis
heute nicht vollständig
aufgearbeitet wurde.



Toittoi-Toiletten benutzen würden, lägen überall Fäkalien und Abfälle herum. Die Berichterstattungen häuften sich und die Kommentarspalten füllten sich mit hetzerischen Aussagen. Aber auch die Gemeinde wandte sich gegen die Fahrenden. Trotz Vermittlung durch den Jenischen Andreas Geringer spitzte sich die Situation weiter zu. Am 24. Juli 2017 berief der Wileroltiger Gemeinderat eine «Zusammenkunft» ein, um den «Widerstand» zu koordinieren. Unterstützung erhielt er von der jungen SVP und anderen Politiker_innen, vornehmlich der BDP. Der Transitplatz sollte mit allen Mitteln verhindert werden. Das neu gegründete Bürger_innenkomitee «Kein Transitplatz Wileroltigen» und der Gemeinderat wollten am 14. August ein Dorffest gegen den Transitplatz organisieren.

Unterdessen wurde in den sozialen Medien verlangt, mit den als «Vaganten» und «Gesindel» bezeichneten Fahrenden kurzen Prozess zu machen. Es gab auch Kommentare mit der Forderung, die einstige Verfolgung à la Pro Juventute wieder aufzunehmen. Noch weiter geht ein Post, der den Massenmord der Nazis an Sinti und Roma – abscheulich – als «sexy» bezeichnet. Im Dorf hängen Transparente und zum Dorffest wurden bald über 1000 Personen erwartet, unter ihnen Rechtsextreme. Darum sollte die Gemeinde dem Kanton ein Sicherheitskonzept vorlegen und die Kosten selber decken. Daraufhin machte das Komitee einen Rückzieher und sagte die Veranstaltung ab.

Am 10. August 2017 haben die Fahrenden den Transitplatz verlassen und sind weiter gezogen.

Ein bekanntes Muster

Wileroltigen verdeutlicht, dass Antiziganismus tief in der Gesellschaft verwurzelt ist. Der Transitplatz traf auf vehementen Widerstand, der stark von diffusen Ängsten und Stereotypen gesteuert war.

Die Liste der Vorurteile ist lang. Ob positiv oder negativ, Vorurteile sind prägend für den Umgang der Mehrheitsgesellschaft mit Jenischen, Sinti und Roma im Allgemeinen und der fahrenden Minderheit im Besonderen. Als «Z...» stigmatisierte Menschen werden häufig ökonomisch benachteiligt und auf vielfältige Weise ausgeschlossen. In der Schweiz sind Stellplätze rar und es gibt gerade mal einen Transitplatz. Eben diese Plätze und Neuerrichtungen werden von den betreffenden Gemeinden vehement bekämpft; dabei erfahren sie sogar noch breite Unterstützung.

Politiker_innen von der Mitte bis zur SVP sympathisierten mit den Wileroltiger_innen und schoben den Fahrenden die Schuld zu. Einmal mehr wurde damit sozial Benachteiligten vorgeworfen, für ihre Situation selbst verantwortlich zu sein, während strukturelle Diskriminierung ignoriert wird.

Es gibt aber auch Widerstand gegen antiziganistische und rassistische Hetze. Zum einen als Selbstorganisation der betroffenen Bevölkerungsgruppen; zum anderen durch Unterstützungshandlungen solidarischer Aktivist_innen. In Wileroltigen wurden hetzerische Plakate zerstört und gegen das Dorffest mobilisiert – die von der Gruppe Bleiberecht angemeldete Demonstration gegen Antiziganismus wurde von der Gemeinde unter fadenscheinigen Argumenten aber verboten.

Antiziganismus, wie jegliche Form von Diskriminierung, darf nicht hingenommen werden. Zu selten wird das Thema behandelt, zu häufig fallen Vorfälle unter den Tisch. Tiefsitzende Vorurteile gegen Fahrende gilt es zu aufzugreifen. Und wenn die Gemeinden den Widerstand gegen Antiziganismus unterbinden, dann muss eben ausserhalb des legalistischen Rahmens nach Formen des Widerstandes gesucht werden.

Redaktion

Am 10. Juni 2017 fand, rund eine Autostunde von Genf entfernt, am Lac d'Annecy ein internationales Neonazi-Kampfsportevent statt. Unter den Kämpfer_innen und Gästen am «Force & Honneur»: rechtsextreme Prominenz aus der Romandie.

Neonazis im Kampfsport

Fights and Music – Kampfsportevents ganz rechts aussen

Nicht nur Kämpfe von rechtsextremen Männern und Frauen sollten die Gäste an die Veranstaltung «Force & Honneur» in ein Industriegebiet nahe des Lac d'Annecy (F) locken. Auf dem Programm des massgeblich vom Label «Pride France» organisierten Anlass, standen auch Konzerte dreier Bands aus dem rechtsextremen Spektrum: «Green Arrows» und ehemalige Mitglieder der italienischen Band «Ultima Frontiera» sowie die spanischen «Jolly Rogers». Die auf dem Flyer aufgeführten internationalen Kampfsportlabels wie «Kampf der Nibelungen» aus Deutschland, «White Rex» und «Father Frost Mode – PPDM» aus Russland liessen bereits im Vorfeld ahnen, dass der Anlass auch wegen der anreisenden internationalen Kämpfer_innen, gut besucht werden dürfte.

Pride France

Kampfsportler Thomas Szkatulsky, Gründer von «Pride France», trägt seine Ideologie mit seinen Tattoos offen zur Schau: Seinen Hals ziert ein grosses «White Power»-Tattoo mit erhobener Faust, ergänzt von einer Triskele und Odal-Rune an den Armen und einem Abbild von Rudolf Hess mit Hakenkreuz auf der linken Wade. Der einflussreiche Neonazi steht dem «Blood & Honour»-Netz-

werk nahe und hat eine Vergangenheit als Hooligan. Bekannt ist, dass er u.a. an einem Übergriff auf eine Schwulenbar in Lille/F beteiligt war.

Szkatulsky tritt mittlerweile nicht mehr nur als Kampfsportler an Veranstaltungen der extremen Rechten auf, er ist erfolgreich auch ins Versandgeschäft eingestiegen. Er vertreibt über seinen Webshop «2yt4u» Kampfsportartikel und Alltagskleidung von und für Neonazis. Vom Schweizer Webshop «No Compromise No Remorse» führt Szkatulsky das T-Shirt «HTLR – Meine Ehre heisst Treue» in verschiedenfarbiger Ausführung.

Szkatulsky hat ausserdem Erfahrung in der Organisation konspirativer Kampfsportveranstaltungen, wie es sie in Deutschland, Italien und Griechenland gibt. Drei Jahre lang veranstaltete er mit «B&H Hexagone» und «White Rex» das «Day of Glory» genannte Kampfsportevent in Lyon/F mit anschliessenden Konzerten. In diesem Jahr erhielt er für die Organisation seines Events Unterstützung der Hammerskins. Das auf dem Flyer als Unterstützerin genannte Musiklabel «Hardcore Wave» oder abgekürzt «HCWE» wird von Mitgliedern der französischen Chapter der Hammerskins betrieben.

Auch die Hammerskins Romandie um deren Kopf Christophe Gruy boten Unterstützung bei der Veranstaltung. Sebastien Bottali, Mitglied beim Supportnetzwerk der Hammerskins, der Crew 38 Romandie, chauffierte die extra aus Russland angereisten Neonazis von «Father Frost Mode – PPDM» vom Flughafen Genf nach Sainte-Hélène-sur-Isère/F und nach Ende des Wochenendes auch wieder dorthin zurück.

Eventsupport aus der Schweiz

In die Schweiz pflegt Szkatulsky Kontakte zu Olivier Kunz, Ex-Hammerskin und Gründer des Schweizer Ablegers von B&H. Kunz, in Lausanne wohnhaft und als Personalvermittler bei Randstad tätig, bewegt sich seit mehr als 20 Jahren in der rechtsextremen Szene, war aber in den letzten Jahren stets darauf bedacht, nicht öffentlich zu erscheinen. Die Social Media-Aktivitäten der Veranstalter sollten Kunz dieses Mal in die Quere

i

Die Triskele

Ursprünglich stammt sie aus dem keltischen Siedlungsraum. Anders als das Hakenkreuz hat die Triskele nur drei Arme, wobei sie in ihrer eckigen Darstellung (Bild) doch stark an das Hakenkreuz erinnert. Die eckige Triskele ist Teil des Organisationslogos des Netzwerks «Blood & Honour».



Odal-Runde

Runen sind altnordischen bzw. germanischen Ursprungs und in der Neonaziszene weitverbreitete Symbole. Die Odal-Rune wird als Symbol für «Blut und Boden» gedeutet. Sie war im Nationalsozialismus das Symbol der Reichsbauernschaft und wurde auch von der Hitler-Jugend verwendet.

infos

kommen: Etwa zwei Wochen nach dem Anlass veröffentlichten sowohl «Pride France» als auch «Father Frost Mode – PPD» Videos des Anlasses auf Youtube und zahlreiche Bilder auf anderen Social Media-Plattformen. Aussenstehende erhielten somit einen guten Einblick in die Veranstaltung: Der öffentlichkeitsscheue Olivier Kunz war Teilnehmer auf dem Podium nach den Kämpfen. Während der Diskussion mit den russischen Gästen sass er neben Denis Nikitin, Begründer und Inhaber der Marke «White Rex» – die beiden wirken sehr vertraut in ihrer Unterhaltung.

White Rex vs. Hammerskin

«White Rex», gegründet 2008, ist nicht nur Ausrüster, sondern auch Veranstalter von Kämpfen in Russland und Europa unter dem Namen «Duh voina – Spirit of a Warrior». Bei der im Jahr 2013 in Rom durchgeführten Veranstaltung in Kooperation mit «CasaPound» war der mittlerweile verstorbene Ex-SS-Offizier Erich Priebke als Ehrengast geladen. Nikitin ist in der Schweiz kein Unbekannter. Bereits zwei Mal wurde er von der PNOS als Leiter für deren Selbstverteidigungsseminare eingeladen.

International bekannt(er) geworden ist Nikitin im Frühjahr 2017, weil seine Verstrickungen in die Angriffe russischer Hooligans in Marseille/F bei der Fussball-WM 2016 publik geworden sind – mehrere englische Fans wurden während den Krawallen schwer verletzt.

Nikitin war der prominenteste Kämpfer im Ring, sein Gegner am «Force & Honneur» war jedoch kein geringerer als Joël «Pouppi» Moret, Hammerskin aus Martigny VS. Moret ist in der Schweiz als lizenziertes Boxer eingetragen. Auch beim Anlass am 10. Juni 2017 ging der Hüne, auf dessen Hinterkopf das Logo der Hammerskins tätowiert ist, als Sieger hervor. Angefeuert wurde er während des Kampfes von den anwesenden Hammerskins sowie von den in der Schweiz lebenden befreundeten Mitgliedern von «B&H Hexagone». Wie in der Bildergalerie auf der Website des «Boxing Club d'Octodure» in Morets Wohnort, ersichtlich ist, teilen einige seiner Trainingspartner die menschenverachtende Ideologie: Simon Tornay und Romain Steinmann zählen beide zum nahen Umfeld der Hammerskins im Unterwallis.

«Hippe» Neonazis im Kampfsport

Neonazis treten mittlerweile offener im Kampfsportbereich auf, zum Beispiel im «Fight Basement Zürich», das u.a. auch Mitgliedern von B&H Zürich als Trainingsort dient. Weil Marken wie «White Rex», «Pride France» oder «Greifvogel-

wear» mit schicken Designs und unterschwelligem Slogans aufwarten, werden sie häufiger getragen und es ist zunehmend schwieriger, Neonazis im Kampfsportbereich als solche zu erkennen. Es ist daher wichtig, sich zu informieren und bei Gelegenheit auch Trainingspartner im lokalen Gym zu sensibilisieren.

Einen guten Überblick zum Umgang mit Neonazis im Kampfsport und Hintergrundmaterial zu Marken und Labels bietet die Kampagne «Runter von der Matte – kein Handshake mit Nazis».

Redaktion



i

Runter von der Matte:

Rechte Kampfsportlabels sind mehr als Kleidung. Der Kauf solcher Labels oder das Dulden, wenn andere diese tragen, fördert nicht nur die Akzeptanz menschenverachtenden Gedankenguts, sondern trägt finanziell zu rechten Strukturen bei. Die Kampagne «Runter von der Matte! Kein Handshake mit Nazis!» will Zugang zu Informationen über diese Labels und die dahinter steckenden Strukturen ermöglichen.

runtervondermatte.noblogs.org

infos

Festivals locken zuweilen tausende Gäste an. Dieses Konzept haben auch Neonazis für sich entdeckt und ebenso festgestellt, dass sich mit solchen Anlässen viel Geld generieren lässt. Neun Monate nach Unterwasser kam der nächste grosse Auftritt: diesmal im deutschen Dorf Themar.

Rechtsrock

Unterwasser goes Themar

Nach dem «Rocktoberfest» ging ein Aufschrei durch die Schweiz. 5000 Neonazis hatten sich am 15. Oktober 2016 in Unterwasser SG zu einem Konzertabend getroffen (siehe lautstark! #24). In den ersten Tagen nach dem Megaevent berichteten die Medien ausgiebig. Im Sommer 2017 wiederholte sich dieses Geschehen in Deutschland: Am 15. Juli strömten 6000 Neonazis ans zweite «Rock gegen Überfremdung» nach Themar in Thüringen, einem Dorf mit 3000 Einwohner_innen. Nur zwei Wochen später fand am 29. Juli auf der gleichen Wiese das «Rock für Identität» mit 1000 Besucher_innen statt.

Nach dem «Rocktoberfest» hatten wir über den Onlineversand «das Zeughaus» berichtet, dessen Logo auf dem Flyer abgebildet war. Wir hatten den Thüringer Neonazi David Heinlein genannt, dessen Konto für den Verkauf der Eintrittskarten genutzt wurde – wie beim ersten «Rock gegen Überfremdung» 2016 in Kirchheim, Thüringen.

Antifaschistische Recherche hatten die Verbindungen zwischen der Schweizer und der Thüringer Szene offengelegt, insbesondere die Kontakte zu Steffen Richter und Thomas Wagner. Ebenso hatten wir berichtet, dass Unterwasser Teil einer

Reihe von Benefizkonzerten war, um die Prozesskosten rund um den Angriff in Ballstädt sowie die Szeneimmobilie «Gelbes Haus» ebenso in Ballstädt zu finanzieren.

Das Durchführen eines Musikevents mit mehreren tausend Gästen braucht eine gewisse Organisationserfahrung. Nach Themar wissen wir nun, hinter den drei Konzerten stecken die gleichen Organisationsstrukturen aus Thüringen.

Immer wieder Thüringen

Typischerweise werden Rechtsrockkonzerte konspirativ organisiert – nicht in Thüringen. Hier melden Neonazis ihre Konzerte mittlerweile bei den Behörden an. Es werden ein paar Redner_innen eingeladen, um die eigentlich kommerzielle Veranstaltung als Kundgebung anmelden zu können, die in der Folge vom deutschen Versammlungsrecht geschützt ist. So trat am 15. Juli unter anderem der Russe Denis Nikitin (siehe Seite 12) als Redner auf. Unterhalb der – zurecht – hohen Verbotsschwelle können politische Veranstaltungen nicht verhindert werden. Beide Konzerte wurden – trotz rund 30 Euro Eintritt – als «politische» Kundgebungen angemeldet und es konnte jeweils eine private Wiese des ehemaligen AfD-Politikers Bodo Dressel genutzt werden. Die Polizei war zwar mit einem beachtlichen Aufgebot vor Ort und hat einige Besucher_innen kontrolliert, der Stimmung auf dem Gelände hat dies jedoch keinen Abbruch getan.

Rechtsrocker mit Erfahrung

Als Teil der wichtigen Figuren in der Konzertorganisation nennt der Blog «thuringen rechtsausen» die Neonazi-Rocker «Turonen / Garde 20», die sich unter anderem um den Versand «das Zeughaus» gruppieren. Massgeblich sind hier auch Steffen Richter und Thomas Wagner beteiligt. Insbesondere Richter hat Erfahrung in der Organisation von Benefizkonzerten: zuerst für den als NSU-Helfer angeklagten Ralf Wohlleben, danach für Wagner sowie die übrigen «Ballstädter Angeklagten» und das «Gelbe Haus». Weiter von Bedeutung ist das Konzertorganisations-Duo Tommy Frenck und Patrick Schröder.



Lässiger Auftritt in Themar: Die beiden Schweizer Neonazis Steudler (Sonnenbrille auf der Stirn) und Balmer (Hut/Sonnenbrille). Foto: Lukas Beyer

Ein Demoaufruf, ein Medientheater und der Selbstverwirklichungsdrang eines Sicherheitsdirektors genügen, um Bern für einen Abend in den gefühlten Ausnahmezustand zu versetzen.

6. Oktober 2017

Krawall! Wo?

Dass eine Verbindung zwischen Unterwasser und Themar besteht, war auf den ersten Blick klar. Schon die Flyer waren ähnlich gestaltet; statt wie in Unterwasser noch blau, wurde der für Themar passend braun gedruckt. Auch in Themar prangte auf der Eintrittskarte das Logo von «das Zeughaus», hinter welchem mutmasslich ein Ex-Mitglied von Stahlgewitter (D) steckt. Deshalb ist es wenig erstaunlich, dass ausgerechnet diese Band an beiden Anlässen spielte.

Gemäss Erkenntnissen von «thueringen rechts-aussen» hatte das «Turonen»-Netzwerk den Anlass in Unterwasser organisiert – mit Unterstützung der Schweizer Strukturen versteht sich. Beim «Rock gegen Überfremdung» diesen Juli waren die «Turonen» und das Duo Frenck/Schröder arbeitsteilig vorgegangen, während Schröder massgeblich für das Event am 29. Juli verantwortlich war.

Ausgedehntes Netzwerken

Die Verbindungen zwischen der Schweizer und der Thüringer Szene sind hinlänglich bekannt. So ist es nicht weiter erstaunlich, dass etliche Schweizer_innen in Themar waren: u.a. Roger Nauer (Kameradschaft Heimattreu), Mike Balmer (Stallhaus Schweiz) und seine Exfreundin Gabriela Heller sowie Steudler (B&H).

Schon zwei Monate davor hatten sich mehrere Schweizer Neonazigrössen im Rahmen des Eichsfeldtages am 6. Mai 2017 in Leinefelde (Thüringen) mit ihren deutschen Kamerad_innen getroffen.

Die Veranstaltung «Rock gegen Überfremdung» fand 2017 zum zweiten Mal statt – im Vorjahr haben aber «lediglich» rund 500 Rechtsextreme teilgenommen. Die letzten Veranstaltungen zeigten, dass die Rechtsrockstrukturen aus Thüringen durch lokale und internationale Zusammenarbeit dazu im Stande sind, Konzerte mit mehreren tausend Gästen zu veranstalten – dies ist nicht zu Letzt wegen den enormen Gewinnen, die damit erzielt werden dürften, alarmierend.

Redaktion

Nach dem 6. Oktober 2007 – dem versenkten SVP-«Marsch auf Bern» – überschlugen sich die Schlagzeilen: Seit Ende September mobilisierten linke Aktivist_innen zu einer Antifa-Demo am 6. Oktober 2017. Wenige Tage vor der geplanten Kundgebung haben es die Medien dann auch noch gemerkt – das Datum hatte eine historische Komponente. Schnell waren die Krawallbilder der so genannten «Schande von Bern» aus den Archiven geholt: Statt auf die Inhalte der Demo einzugehen, zeichneten die Journalist_innen im Vorfeld ein Bild des Grauens.

Unter dem Titel «Der Krawalltag, der die Schweiz veränderte» berichtete die Berner Zeitung darüber, dass 2007 sogar die New York Times über die Ausschreitungen anlässlich der verhinderten SVP-Kundgebung geschrieben hatte – dabei unterschlägt sie aber, dass die New York Times im knapp 8400 Zeichen langen Artikel genau 354 Zeichen den Zusammenstössen gewidmet und ansonsten über die rechtsextremen Inhalte der SVP berichtet hatte.

Weiter wurde ein Ranking der fünf teuersten Demonstrationen in Bern aufgeführt und so implizit prophezeit, es werde auch am 6. Oktober 2017 zu Ausschreitungen mit Sachschaden kommen. Der Gemeinderat der Stadt Bern inklusive Sicherheitsdirektor Reto Nause entschied, dass die Demonstration mit allen Mitteln verhindert werden müsse. Die Bilanz: 2000 Polizeibeamt_innen, die am Abend des 6. Oktober 2017 Bern faktisch besetzten, knapp 30 Festnahmen und ein im Keim ersticktes Demonstrationsrecht.

Antifaschistische Zeichen sind heute auch in der Stadt Bern wieder dringend notwendig: Gemäss Aufruf der Organisator_innen haben sich in der letzten Zeit in Bern und der Agglomeration rassistische Vorfälle gehäuft und sind vermehrt Aktionen rechtspopulistischer Kräfte durchgeführt worden.

Fortsetzung folgt...

Redaktion

Ihr Mittel ist der Aktionismus, die Inhalte strotzen vor teils verdecktem teils offensichtlichem Rassismus und das Zielpublikum ist jung. Die so genannte Identitäre Bewegung schafft, wovon andere nationalistische und rechtsextreme Gruppen nur zu träumen wagen.

Über die Identitären

«Sie» und die anderen

Rassistische, menschenverachtende Ideologien neu verpackt, mehr oder weniger aufwändig inszeniert und über soziale Medien verbreitet – sozusagen per Mausclick generierter Hass: Die Identitären gehen einen neuen Weg, manchmal subtil, manchmal offensichtlich. Und sie erreichen Menschen, die sich mit dem politischen System und der Vielfalt an Meinungen nicht identifizieren können. Sie erreichen Desinteressierte, Nichtwähler_innen, Junge und Alte. Komplexität mit Vereinfachung zu begegnen kennen wir von den üblichen Stammtisch-Parolen. Doch im Gegensatz zur kleinen Bier-Runde ist der Effekt bei Online-Beiträgen wesentlich grösser.

Kampf gegen Multikulti

Während eine Populismuswelle durch Europa und Nordamerika zieht, säen rechtsnationale Parteien Hass und Fremdenfeindlichkeit und erreichen primär Mittelstand, Verlierer_innen von Strukturwandel und Globalisierung sowie die so genannten einfachen Bürger_innen. Die Identitären wollen ein jüngeres Zielpublikum erreichen –

mit ihren Methoden sind sie teilweise weit (medien-)wirksamer als manch eine Jung-Partei. Die Botschaft bleibt die gleiche: Heimat beschützen, Islamisierung stoppen, Ausländer_innen raus. Nicht primär die Staatszugehörigkeit, sondern die christlich geprägte, abendländische Kultur und Tradition schaffe Verbindung und Zugehörigkeit. Der Pass verliert seinen Wert: entweder «Ureinwohner_in» oder assimiliert. Mit ihrem Ethnopluralismus möchten sie sich vom klassischen Nationalsozialismus abgrenzen. Die Existenzberechtigung von Völkergruppen wird nicht in Frage gestellt, solange keine Migration stattfindet. Antisemitismus lehnen sie entsprechend als veraltete Ideologie, zumindest nach aussen hin, ab. Stattdessen sehen sie die multikulturelle Gesellschaft und speziell den Islam als die grösste Gefahr der aktuellen Zeit.

Ursprung in Frankreich

2003 gegründet, hat sich der «Bloc Identitaire» als aktionistische und gewaltbereite Vereinigung einen Namen gemacht. Seit 2009 offiziell eine politische Partei, berufen sich die «Identitaires» auf eine «europäisch-weisse Identität», sprechen sich gegen die Einwanderung aus anderen Kontinenten aus und agieren vor allem islamfeindlich. Sie berufen sich auf ein drei Säulen-Konzept: Regionalismus, Nationalismus und Europäismus. Die regionale Struktur des «Bloc Identitaire» breitete sich nach und nach in die frankophonen Gebiete der Schweiz und Belgien aus. Zwischen 2013 und 2015 tritt in Genf und Nyon die «Génération Identitaire Genève» (GIG) in Erscheinung. Die Gruppierung ist auf Facebook präsent und organisierte einige Veranstaltungen. Wichtigster Exponent der Genfer Sektion war der heute 32-jährige Jean-David Cattin, welcher unterdessen nach Frankreich gezogen ist und im Sommer 2017 mit der «C-Star» auf dem Mittelmeer für Furore sorgte. Statt der GIG ist in der Westschweiz heute hauptsächlich die Gruppierung «Résistance Helvétique» aktiv, zudem dient die Plattform «Kalvingrad Patriote» als Sammelbecken verschiedener rechtsextremer und identitärer Personen und Aktionen.

Aktivitäten am digitalen Stammtisch bündeln

Nachdem die «Jeunesse Identitaire», die Jugendgruppe des «Bloc Identitaire», 2012 mit der Besetzung der Moschee in Poitiers/F europaweit





<http://hopenoathate.org.uk>

für Schlagzeilen sorgte, entstanden 2012 auch im deutschsprachigen Raum neue Gruppen, welche sich selbst als «identitär» bezeichneten und unter der gemeinsamen Marke der «Identitären Bewegung» begannen, eine rechtsextreme Jugendbewegung aufzubauen.

Erfolgreich sind die Identitären im deutschsprachigen Raum vor allem in Österreich – u.a. dank einer starken Verflechtung mit studentischen Burschenschaften (siehe Seite 12). Auch in Deutschland konnte die Identitäre Bewegung im Schatten von AfD und Pegida Aufmerksamkeit erringen. Der deutschschweizer Ableger kann kaum als Bewegung bezeichnet werden, es sind eher Einzelpersonen bekannt; auch die Website verweist grösstenteils auf Inhalte der deutschen Gruppe. Als Domainhalter der Website «identitaere-bewegung.ch» ist Stefan Thöny aus dem St. Galler Rheintal, als weiterer Kontakt Dominik Wermuth aus Aarau verzeichnet. Dieser ist seit fünf Jahren insbesondere durch sein Blogprojekt «Keine Heimat» im Web präsent. Seine Beiträge versucht er pseudowissenschaftlich mit Statistiken zu belegen.

Alles nur harmlos?

Der Bezug auf frühere Epochen, auf Mythen und Sagen, auf alte Schlachten und Freiheitshelden schafft einen Ankerpunkt wie eine eigene Religion. Die Identitären bedienen sich gerne bei diesen «Überlieferungen». Sie sind der Ausgangspunkt für die weitere politische Indoktrination und Radikalisierung. Ein erster Schritt für Sympathisant_innen aktiv zu werden, sind Kleber zum selber Ausdrucken. Veranstaltungen, Feste und Stammtische helfen neben dem Austausch über das Internet, persönliche Beziehungen aufzubauen. Es wird ein Gruppengefühl hochbeschworen,

eine Keimzelle für Hass, menschenverachtende Ideologien und Gewalt. Auch wenn versucht wird, sich von der braunen Ecke zu distanzieren, der braune Inhalt der Identitären Bewegung ist nicht wegzudiskutieren und die ideologischen Parallelen zur so genannten «Neuen Rechten» sind kaum zu übersehen.

Redaktion

i

Identitäre Mission auf dem Mittelmeer

Initiiert vom Österreicher Martin Sellner haben Teile der Identitären Bewegung – unter ihnen der Schweizer Jean-David Cattin – diesen Sommer die Mission «Defend Europe» gestartet. Um Geflüchtete auf dem Mittelmeer abzufangen, haben die Identitären die «C-Star» gechartert und sind am 29. Juli 2017 mit dem Schiff in See gestochen. Kurz darauf wurde die Besatzung in Zypern – ironischerweise – wegen Schlepperei vorübergehend festgenommen. Nach einem Tag konnten die selbsternannten Verteidiger Europas ihre «Mission» jedoch fortsetzen. Dem «Schiff der Schande», wie die Meiden die C-Star auch nannten, wurde jedoch verschiedentlich das Anlegen in internationalen Häfen verweigert und nach technischen Problem wurde dem in Seenot geratenen Schiff – wiederum ironischerweise – ausgerechnet ein Boot der NGO «Sea-Eye» zu Hilfe geschickt. Trotz den – unseres Erachtens amüsanten – Fehlschlägen werten die Identitären die Mission in der Öffentlichkeit als vollen Erfolg.

Der österreichische Ableger der «Identitären» nimmt international eine Führungsrolle ein. Mit ihrer Medienstrategie punkten sie sogar gegen die FPÖ. Die Autonome Antifa Wien erklärt uns die Situation.

Interview mit der Autonomen Antifa Wien

Über die aktionistischen «Identitären»

lautstark!: *Die Identitären sind seit einigen Jahren insbesondere in Österreich auf dem Vormarsch. Wie erklärt ihr euch die zunehmende Popularität dieser Bewegung?*

Autonome Antifa Wien: Die Identitären haben es, zumindest auf den ersten Blick, relativ erfolgreich geschafft, ihre menschenverachtende Ideologie in einem neuen hippen Gewand darzustellen und das mit einer aggressiven aber auch durchaus erfolgreichen Medienstrategie zu verknüpfen. Diese Strategie ist auf jeden Fall einer der Hauptgründe, dass sie sich neben der FPÖ halten konnten, was sonst kaum einer rechtsextremen Gruppe gelang. Während die FPÖ den parlamentarischen Arm des organisierten Rechtsextremismus in Österreich darstellt, kann man die Identitären mittlerweile als die erfolgreichsten Vertreter_innen des aktionistischen Rechtsextremismus der Strasse fassen.

Dass es ihnen in Österreich besonders leicht fiel, Fuss zu fassen, ist nicht zuletzt auf die reaktionäre Einstellung grosser Teile der Bevölkerung zurückzuführen, aufgrund dessen sie bereits aufbereiteten Boden vorfinden konnten.

Is!: *Wie wichtig sind Identifikationsfiguren wie Martin Sellner für die Kontinuität der Aktivitäten?*

AAW: Besonders präzente Kader-Figuren spielen in streng hierarchisch organisierten Gruppen wie den Identitären mit Sicherheit eine grosse Rolle. Sie fungieren nicht nur als Aushängeschilder, um potentielle Interessent_innen anzusprechen, sondern geben in ihren Social Media Präsenzen auch die Wordings, das Auftreten, ja selbst die zu wählende Ästhetik vor. Auch in puncto Vernetzung mit anderen rechtsextremen Strukturen in- und ausserhalb Österreichs spielen die gut gepflegten Netzwerke der Kader eine grosse Rolle und

verschaffen so auch eine grössere Breitenwirksamkeit. Generell entwickeln sich die Identitären gerade merkbar weg vom Bewegungsanspruch, lassen auch nach aussen das starke Kaderprinzip erkennen. Aktivist_innen sind zunehmend zu blossen Statist_innen der von den Kadern penibel geplanten Inszenierung degradiert und somit bloss ausführende Kraft.

Is!: *Die Identitären funktionieren ja bekanntlich sehr nach dem Motto «Jede Presse ist gute Presse». Und doch ist es ja wichtig über die wahren Absichten und Hintergründe der Gruppe zu informieren. Wie beurteilt ihr die Berichterstattung rund um die Identitären?*

AAW: Die bürgerlichen Medien gehen nach wie vor ziemlich naiv mit den Identitären um und gewähren ihnen immer wieder Räume für ihre Selbstdarstellung. Wir fragen uns da jedes Mal wieder, wieso zuerst drei Kader interviewt und zitiert werden müssen, um dann über deren menschenverachtenden Aktionen und Ideologie schreiben zu können.

In diesem Zusammenhang ist auch der Umgang der Identitären mit Interviews spannend. Vor die Kamera oder das Mikrofon werden immer dieselben medial-geschulten Kader geschickt. Anderen rechtsextremen Aktivist_innen wird das von den Chefs der Identitären verboten und auch immer sofort unterbunden. Zu gross scheint die Angst vor nicht genau abgestimmten Antworten zu sein. Das zeigt eigentlich das Potenzial kritischer Berichterstattung: Denn die Maske der auswendig gelernten Phrasen, unterlegt mit bravem Lächeln und gut inszenierten Bildern, ist brüchig. Darum unser Appell an Medienschaffende: Bringt unbequeme Perspektiven, lichtet nicht stupide die durchgecastete erste Reihe vor dem adretten Banner ab, lasst euch nicht mit Interviews mit den immer gleichen Kadern abspeisen! Die Inszenierung ist so brüchig wie durchschaubar. Uns ist es unbegreiflich, wieso selbst Medien, die sich als kritisch und investigativ verstehen, keinen Blick hinter die Maske wagen. Als würden sie fürchten, was dort zu entdecken ist.

Bezeichnend ist auch, dass das Image der Gewaltfreiheit trotz einer Reihe von Angriffen auf politische Gegner_innen und andere Personen, die

i

FPÖ

Die Freiheitliche Partei Österreichs (FPÖ) ist eine rechtspopulistische Partei, die sich mit Jörg Haider an der Spitze deutlich rechtsnational positionierte. Nach innerparteilichen Turbulenzen und einem deutlichen Stimmeneinbruch 2002 steht die Partei heute unter der Führung von Heinz-Christian Strache vor einer erneuten Regierungsbeteiligung.

infos

nicht in ihr völkisch-reaktionäres Bild passen, immer noch quasi intakt ist. Gewalttaten bekommen kaum mediale Aufmerksamkeit, sind lange schon kein Skandal mehr – eine bedrohliche Entwicklung für die Betroffenen im Speziellen und marginalisierte Gruppen im Allgemeinen. Auch hier gilt es, mit der Inszenierung zu brechen, den medialen Raum den Betroffenen statt den Tätern einzuräumen und die Identitären als das zu entlarven, was sie sind: Gewalttätige Neofaschist_innen.

Is!: *Auch wenn sie von aussen wie eine lose Kameradschaft erscheinen, herrschen intern ja doch ziemlich klare hierarchische Strukturen. Könnt ihr kurz skizzieren, wie diese funktionieren?*

AAW: Wie schon beschrieben, handelt es sich bei den Identitären im Kern um eine eingeschworene Kadergruppe. Insbesondere die letzten Aktionen wie «Defend Europe», die Entwicklung der Vernetzungs-App für Smartphones, sowie die Wohn-, Verlags- beziehungsweise Buchprojekte verdeutlichen dies. Intern gibt es strenge Hierarchien, die Pläne werden von einigen wenigen Kadern vorgegeben, die von Aktivist_innen dann bloss in die Tat umgesetzt werden sollen. Dabei agieren die Gruppen auch zunehmend international vernetzt, was insbesondere die gescheiterte Mittelmeer-Aktion, an der sich fünf beziehungsweise real vier Landesgruppen unter österreichischer Koordination beteiligten. Generell nimmt die österreichische Gruppe international eine Führungsrolle ein und weist einen besonders hohen Professionalisierungsgrad auf. Man darf sie aber auch nicht überschätzen: Im Kern sind es einige wenige Kader-Figuren mit einem guten Pressekonzept und einigen zahlungskräftigen Financiers im Hintergrund.

Von «Bewegung» konnte von Anfang an keine Rede sein. Es gilt ein strenges Top-Down System, in dem man sich erst beweisen muss, um in den Hierarchien aufzusteigen. Hierbei lassen sich auch starke männerbündische Züge erkennen, nicht zuletzt auch im Kontext dessen, dass mehr als $\frac{3}{4}$ der Kader in deutschnationalen Korporationen sind. Die Sprecher sind allesamt Männer und auch die wichtigsten Aktionen werden von männlichen Kadern durchgeführt und dokumentiert.

Is!: *Die meisten Identitären-Strukturen funktionieren in Anwerbung und Akquirierung über sogenannte Stammtische. Wie wichtig sind diese in eurer Region?*

AAW: In Wien spielen die Stammtische als Quelle für die Personalakquirierung nur eine nebensächliche Rolle. Hier werden neue Mitglieder oft über Burschenschaften angeworben, manchmal bei Infotischen, die die Identitären phasenweise recht intensiv vor Schulen und an zentralen Plätzen aufstellen. Hier weichen sie jedoch oft ins Wiener Umland aus, wo mit weniger Widerständen von antifaschistischer Seite zu rechnen ist.

Dass die Stammtische in Wien eine eher marginale Rolle spielen, ist zum einen der grösseren Konkurrenz – einerseits im rechten Spektrum

aber vor allem an allgemeinen Angeboten für Jugendliche – zuzuschreiben, andererseits aber auch den vielseitigen Aktionen engagierter Antifaschist_innen gegen diese Events und gegen all jene, die Stammtischen einen Raum bieten. Durch dieses Risiko ist es für die Identitären schwieriger, Lokale zu finden, welche ihnen einen Raum (an) bieten, da sie zurecht (wirtschaftlichen) Schaden fürchten.

Anders ist das leider in den Regionen, wo keine starke antifaschistische Präsenz herrscht. In der Steiermark oder Teilen Oberösterreichs zum Beispiel, finden identitäre Stammtische regelmässig und leider viel zu oft unkommentiert statt. Dort können sie das Anwerbungspotential dann höchstwahrscheinlich auch besser entfalten. In dieser Region gibt es auch einen grösseren Pool an Aktivist_innen, was neben dem fehlenden Widerspruch auch der Strukturschwäche der Region geschuldet ist. Hier gibt es zumeist keine Jugendzentren – von autonomen Zentren ganz zu schweigen. Diese Lücke füllen die Identitären auf.



Is!: *Wie wichtig sind diese Stammtische für den Austausch mit Identitären aus anderen Ländern und Regionen?*

AAW: Stammtische haben eher die Funktion, neue Leute an die Struktur zu binden, Mitglieder zu werben und erste Inhalte zu vermitteln. Den Vernetzungscharakter sehen wir also eher innerhalb der Ortsgruppe und vielleicht – fallweise – noch zu den jeweiligen Hauptkadern der Landesgruppe. Referate von externen Personen sind hier eher eine Seltenheit, diese werden zumeist von den örtlich Zuständigen gehalten, um diese auch gleich als Vorbilder und Orientierungspunkt in Stellung zu bringen. Die überregionale Vernetzung geschieht vor allem auf der Ebene der Kader, beispielsweise im Sommerlager der französischen Identitären, zu dem jedes Jahr auch um die zehn bis fünfzehn Personen aus Österreich anreisen oder auf den IfS-Akademien (Institut für Staatspolitik) oder anderen inhaltlichen Events der extremen Rechten.

Aktivist_innen kommen bloss auf der jährlichen internationalen Demonstration zusammen, auch das Europäische Forum Linz (EFL) soll wohl in diese Richtung wirken, wobei auch hier eher ein Austausch unter Kadern und rechtsextremen Medienprojekten evident ist, der in Buchprojekten und Kooperationen seinen Ausdruck fand.



Antifademo in Wien: Aktion gegen den Aufmarsch der «Identitären» am 11. Juni 2016.

Is!: *Wo verortet ihr die Identitären im gesamten Spektrum extrem rechter Gruppierungen?*

AAW: Wir ordnen sie dem ausserparlamentarisch organisierten Rechtsextremismus und inhaltlich dem Neofaschismus zu. Sie nehmen in Österreich mittlerweile eine zentrale Rolle als aktivistischer Arm und Medienmaschinerie ein und konnten sich in dieser Position neben und trotz der starken FPÖ etablieren. Das Verhältnis zur FPÖ ist hier zwiespältig, einerseits bedienen beide Kräfte dieselben Diskurse und sind in ihren Forderungen Zwillinge im Geiste. Andererseits duldet die FPÖ Konkurrenz – und als solche nehmen sie die Identitären durchaus wahr – nur ungerne. Und die Identitären haben der FPÖ in jüngster Vergangenheit sichtlich die Show gestohlen, andererseits aber auch die Diskursverschiebung nach rechts weiter fortgesetzt, was der FPÖ zugutekommt.

Ideologisch bezeichnen wir sie als Neofaschist_innen, da sie sich auf die Denker der konservativen Revolution sowie des italienischen Faschismus stützen um sich, ohne Auschwitz denken zu müssen, auf den Faschismus beziehen zu können. Ihr Nationalismus ist dabei ein völkischer, das konstruierte «Wir» ist ein europäisches in Abgrenzung zu den Anderen, die als grosse Bedrohung, ja als Invasion mit der Absicht die «autochthone Bevölkerung auszutauschen» imaginiert werden. Diese Untergangspanthasie als letzte europäische Generation ist ein Charakteristikum des identitären Denkens und prägt ihre Theorie wie Praxis entscheidend.

Is!: *Als wie wichtig erachtet ihr die österreichischen Identitären im Gesamtkonstrukt (europaweit)?*

AAW: Die österreichischen «Identitären» nehmen beim Aufbau und der Vernetzung mit anderen Strukturen eine wichtige Rolle ein. Als Kopie des Originals aus Frankreich (Bloc Identitaire) waren und sind sie insbesondere für den Strukturaufbau in Deutschland verantwortlich und können als die erfolgreichste Gruppe qualifiziert werden. Die wichtigsten Kader sind oft zu Schulungszwecken in anderen Städten, helfen beim Strukturaufbau und inhaltlicher Positionierung. Insbesondere «Defend Europe» hat diese Vorbildfunktion einmal mehr deutlich gezeigt. Diese hängt aber stark an einer Handvoll Kader, allen voran Sellner, der in der Medienarbeit, dem wichtigsten Instrument der Gruppe, merkbar und unwidersprochen den Ton angibt. Er tritt auch in internationalen Medien als Sprecher der Gruppe als Ganzes auf, kann als zentrale Integrationsfigur gesehen werden.

Die Vorbildfunktion der österreichischen und insbesondere der Wiener Gruppe zeigt sich auch darin, dass immer wieder Aktionen beinahe 1:1 kopiert werden; man denke beispielsweise an die «Hardbass-Aktion» oder die «Heuchler»-Transparente bei Störaktionen im Theaterkontext.

Is!: *Wie eng sind in Österreich die Verstrickungen zwischen den Identitären und den Burschis (Mitglieder einer Burschenschaft)?*

AAW: Es gibt hier enge Verbindungen, personeller wie struktureller Natur. Beide Bundessprecher und die überwiegende Mehrheit der Landessprecher sind in deutschnationalen Korporationen. Im Übrigen stellen ebendiese Verbindungen in Österreich eine der wichtigsten Personalreserven für die FPÖ dar. So gibt es bei den Identitären

durchaus die einen oder anderen FPÖ-Gemeinderät_innen. Ausserdem können die Identitären in mehreren Städten auf Räumlichkeiten von Korporationen zurückgreifen. In Wien nutzen sie die Räume der deutschnationalen «Sängerschaft Barden zu Wien», die unter anderem ein Wohnhaus sowie Veranstaltungsräume haben. Von dort startete zum Beispiel die spätnächtliche Spontandemonstration nach dem letzten Demoversuch in Wien (2016). In Graz haben sie Räumlichkeiten vom FPÖ Parteimitglied, Burschenschafter und Ex-Neonazi Heinrich Sickl angemietet.

Weitere Hintergrundinformationen und Analysen findet ihr entweder auf unserer Homepage (autonome-antifa.net) oder bei der Antifa Recherche Wien beziehungsweise der Antifa Recherche Graz.

Is!: *Welche Aktionsformen, welche antifaschistischen Antworten auf die Identitären habt ihr bisher gewählt? Waren diese erfolgreich?*

AAW: Wir haben bisher vorrangig auf «klassische» Gegendemonstrationen und Blockaden gesetzt. Jedem Aufmarsch der Identitären haben wir eine Gegenmobilisierung entgegengestellt, haben ihre Routen blockiert, ihre An- und Abreise so ungemütlich wie möglich gestaltet und ihnen die Strasse sowie die mediale Aufmerksamkeit streitig gemacht. Nachdem ihr grösster, europaweit angelegter Aufmarsch über vier Jahre in Wien stattgefunden hat, haben sie 2017 schliesslich aufgegeben und den Aufmarsch nach Berlin verlegt. In diesen vier Jahren in Wien haben sie keinen Meter ohne massivem Protest, keine ruhige Minute auf den Strassen gehabt. In keinem Jahr konnten sie ihre Demonstration bis zum Ende abhalten. Dass sie die Demo nun in Berlin abhalten, werten wir als Erfolg. Erfreulicherweise waren sie auch dort mit starkem antifaschistischen Protest konfrontiert und konnten ihre Route nicht wie geplant laufen. Wie auch in Wien, reagierten sie darauf mit Drohungen und Gewalt – ihre Inszenierung bekommt Risse. Überall dort, wo sie mit Widerstand konfrontiert sind, gerät ihre Aussen-darstellung ins Wanken.

Wir haben unsere Aktionen ausserdem immer mit entsprechender inhaltlicher Auseinandersetzung und Versuchen, diese medial zu vermitteln, ergänzt. Haben versucht, in aktiver Pressearbeit aufzuzeigen, dass die Identitären gewalttätige Neofaschist_innen sind. Wurden sie anfangs noch als hippe neue Rechte verhandelt, so ist in den Medien nun konsequent von Rechtsextremen oder fallweise auch Neonazis die Rede. Von der anfänglichen Parole «weder links noch rechts – identitär» ist wenig übrig. Wir halten das für eine wichtige Entwicklung und gleichsam ein wichtiges Ziel, ihnen den Schein der Legitimität zu nehmen, ihre menschenverachtenden Positionen offen zu legen und dann als solche zu bekämpfen.

Is!: *Welche Strategien haltet ihr gegen die Identitären für besonders effektiv?*

AAW: Die Identitären sehen sich in einem «Infokrieg». Sie setzen bei der Vermittlung ihrer menschenverachtenden Ideologie sehr stark auf Bilder. Dabei inszenieren sie sich selbst als tapfere Krieger_innen der letzten Generation, die Europa noch vor dem Untergang durch den herbeimaginierten «grossen Austausch» retten könne. Diese Inszenierung zu stören, ihnen die Bilder zu nehmen, auf die ihre Propaganda aufbaut, halten wir für zentral im Umgang mit der neofaschistischen Gruppe.

Das kann zum einen antifaschistische Medienarbeit heissen, mit eigener Dokumentation die Darstellung als starke, junge Bewegung aufzubrechen und zu zeigen, wer wirklich dahinter steht: Ein neofaschistischer Kaderverein, der seinen völkischen Rassismus in neue Begriffe kleidet. Ausserdem gilt es, diese Inszenierung auf Demonstrationen und Aktionen auch aktiv und direkt zu sabotieren, nach Möglichkeit komplett zu verhindern. Insbesondere mit dem Schwenk auf immer grössere, riskantere Projekte können sich die Identitären keine Fehlschläge leisten, müssen selbst ein Desaster wie «Defend Europe» als vermeintlichen Erfolg verkaufen, um ihre Glaubwürdigkeit nicht zu verlieren. Jeder Fehlschlag, den wir ihnen zufügen können, setzt die Kader unter noch grösseren Erfolgsdruck und demotiviert Aktivist_innen, die in ihren Strukturen blosser Statist_innen bis ins Detail vorgegebener Aktionen sind.

Wir halten auch Outings weiterhin für ein effektives Mittel um Druck aufzubauen, insbesondere gegen die «zweite Reihe», also gegen den engeren Kreis an Aktiven und Fördernden. Rechts-extreme sind auf allen Ebenen zu bekämpfen. Das bedeutet auch, ihnen im Job zu schaden und ihrer Nachbarschaft offenzulegen, wer da eigentlich Tür an Tür wohnt. Von der Aussenkommunikation, man zeige ja ohnehin Gesicht, darf man sich da nicht täuschen lassen: Dies gilt ausschliesslich für einige wenige Kader, die sie nach vorne stellen. Für jene, die sie als ihre erste Reihe, ihre Phalanx wahrgenommen wissen wollen.

Zudem gilt es weiterhin, menschenverachtenden Positionen aller Art keinen Raum in der Öffentlichkeit zu lassen. Denn diese Positionen können nicht als gleichberechtigt im öffentlichen Diskurs wahrgenommen werden, denn sie beinhalten immer auch den Anreiz zu Gewalt und Verbrechen. Die Grenze dessen, was tolerierbar ist, muss verstärkt gezogen werden. Gerade dieser Konsens scheint immer brüchiger zu werden und die autoritären Rebellen können ihren Kampf, menschenverachtende Positionen wieder sagbar werden zu lassen, noch als Tabubruch inszenieren. Der wirksamste Kampf gegen Rechtsextremismus scheint uns jedoch der Kampf für eine angstfreie und solidarische Gesellschaft zu sein, um reaktionären Ideologien den Boden zu entziehen.

*Danke für das interessante Gespräch.
Redaktion*

Seit einigen Jahren gibt es in Aarburg (AG) das Konzertlokal «Musigburg». Auch wenn das Programm des Lokals mit vielen tollen Bands aufwartet, lohnt sich ein Blick hinter die Kulissen. Dort wird nämlich sichtbar, wer einer der Geschäftsführer und was für ein Lokal das insgesamt ist.

Musigburg, Aarburg

Ein Konzertlokal der anderen Art

Die Website der Musigburg ist unauffällig gestaltet, das Programm tönt spannend. Doch der Blick ins Impressum der Webseite lässt aufhorchen. Als Geschäftsführer ist neben zwei anderen seit 2016 auch Ronald Url aufgeführt. Url war bei der vorherigen Besitzerin der Musigburg, Good Time Events, als Geschäftsführer angestellt. Privat ist er Mitglied der mittlerweile inaktiven Fussball-Hooligangruppe «Eastside», deren Mitglieder teils keinen Hehl aus ihrer rechtsextremen Gesinnung machen und unter anderem offen neonazistische Symbole und Embleme zur Schau stellen. Ausserdem gilt Url als Mitorganisator der mehr als umstrittenen «Onkelz Nacht» und pflegt gute Kontakte zu einschlägig bekannten Mitgliedern aus der rechten Szene.

Wie der Organisator, so das Publikum

Dieses Jahr hat die so genannte «Onkelz Nacht» bereits zum achten Mal stattgefunden. Bei den ersten Ausgaben haben die Böhse Onkelz-Coverbands noch auf der Wäckerschwend gespielt. Unterdessen findet die «Onkelz Nacht» aber in der Musigburg statt. Dies wohl aus zweierlei Gründen: Zum einen ist es praktischer, keine extra Infrastruktur für einen Abend stellen zu müssen, zum anderen stand der Anlass nach antifaschistischer Berichterstattung mehrfach in den Schlagzeilen und war dadurch bei Vermieter_innen von Lokalitäten nicht unumstritten.

Auch die Bands, darunter diverse Vertreterinnen der so genannten Grauzone, trugen zum schlechten Ruf der «Onkelz Nacht» bei. Während die Veranstalter, allen voran Ronald Url und Beat Weissen, beinahe gebetsmühlenartig betonen, dass weder die Veranstaltung selber, noch die Bands, noch das Publikum in irgendeiner Art rechtsextrem sei, sprechen die Bilder der verschiedenen Nächte eine klare und vor allem andere Sprache.

So spielten beispielsweise je mehrmals die Bands Krawallbrüder und Berserker (beide D), die sich seit Jahren mit Vorwürfen wegen Rechtschaffenheit, Unterstützung von Neonazis und fehlender Positionierung konfrontiert sehen. Von beiden Bands fehlt bis heute eine klare Distanzierung zur rechten Szene.

Sowohl im Sicherheitsdienst, als auch unter den Besucher_innen sind Personen zu finden,

welche klar der Neonaziszene zuzuordnen sind. Dies obwohl in der Hausordnung des Festivals alibimässig geschrieben steht, dass Personen, welche eindeutige Symbole zur Schau tragen oder entsprechende Gesten vollziehen, vom Gelände verwiesen werden. So ist es wohl auch kein Zufall, dass professionelle Kameras und Aufnahmegeräte auf dem Festivalgelände ausdrücklich verboten sind.

Illustrier Freundeskreis

Auch ausserhalb der einschlägig bekannten Fussballanhängerschaft pflegt Url spezielle Freundschaften. So beispielsweise zum ehemaligen V-Mann Primus, der nach dem Auffliegen des NSU in die Schweiz verzogen ist. Doch auch tief in die Strukturen der Schweizer Blood & Honour Strukturen unterhält Url gute Kontakte. Darum ist es wenig erstaunlich, dass unter den Gästen der Musigburg immer wieder Neonazis auftauchen. Url bewirbt die verschiedenen Konzerte gerade in seinem privaten Freundeskreis jeweils stark.

Linke Bands auf rechtem Boden?

Auch wenn Url privat klar anders denkt, beweist er als Geschäftsführer der Musigburg ein gutes Händchen fürs Geschäft und veranstaltet immer wieder Bands aus der linken Szene, die als Publikumsmagnete viele Gäste anziehen.

Alles in allem eine explosive Mischung. So ist es auch nicht weiter verwunderlich, dass es vermehrt zu Pöbeleien zwischen dem Stammpublikum der Musigburg und Konzertbesucher_innen gekommen ist. Umso wichtiger scheint deshalb, Publikum und allenfalls dort engagierte Bands auf die Hintergründe des einen Geschäftsführers hinzuweisen.

Redaktion



Medientipps

«CasaPound» – Eine Bewegung mit trügerischem Anstrich

In Artikel über die PNOS wurde auch die «CasaPound»-Bewegung aus Italien mehrfach erwähnt. Auch wenn es sich um eine vergleichsweise junge Bewegung handelt – sie existiert seit knapp fünfzehn Jahren –, orientiert sie sich klar am historischen Faschismus Italiens. Als Vorbilder gelten verschiedene revolutionäre Idealisten – in welche Richtung deren Ideen gegangen sind, wird oft nicht hinterfragt. Auch wenn «CasaPound» klar am extremen rechten Rand zu verorten ist, besetzen sie – teils leider gekonnt – typisch linke Themen.

Dem Autoren Heiko Koch ist mit diesem Buch ein spannender Blick hinter die Kulisse von «Casa Pound» gelungen, bei dem er auch die kruden Weltbilder und Vorgehensweisen zu beleuchten vermag.

Koch, Heiko: CasaPound Italia, Unrast Verlag, 978-3-89771-536-3

Die Wutbürger machen Mobil

Seit schon fünf Jahren ziehen die Anhänger_innen der Pegida (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes (sic!)) vornehmlich durch die Strassen Deutschlands und proklamieren ihren Kampf gegen den vermeintlichen Untergang des «zivilisierten Westens».

Die Bundesregierung Deutschlands sprach sich unterdessen dafür aus, dass die Anliegen der klar rassistischen und insbesondere islamfeindlichen Pegida ernstgenommen und diskutiert werden müssten. In diesem Buch wird kurz und knapp erklärt, wie es zu dieser Bewegung kam, wer wie und warum dahintersteckt und vor allem, welche Gefahr von dieser neuen, rechtspopulistischen «Organisation» ausgeht.

Teidelbaum, Lucius: Pegida. Unrast Verlag. 978-3-89771-136-5

Wenn Rassismus zum Programm wird

Spätestens seit den Vorkommnissen im August 2017 in Charlottesville sind die rassistischen Zustände weiter Teile der USA im Bewusstsein vieler angekommen. Waren an jenen Demonstrationen vorwiegend Vertreter_innen der Alt-Right-Bewegung und des Ku-Klux-Klans beteiligt, machten einige Jahre zuvor insbesondere die Anhänger_innen der sogenannten Tea Party von sich reden. Eben diese haben sich nun zu Teilen in der Alt-Right-Bewegung aufgelöst, beziehungsweise sind Teil derselben. Ausserdem zählen sie sich klar zur vermeintlichen «White-Supremacy» (=weiss+überlegen). Doch wer steckt eigentlich hinter der Tea Party? Wie kommen Menschen auf die Idee, sie seien mehr wert als andere und wie kommt es zu einer so breiten gesellschaftlichen Akzeptanz?

Das Buch, das vor der Wahl Trumps zum US-amerikanischen Präsidenten verfasst worden ist, zeigt genau dies auf und liefert auch Erklärungen, weshalb die letzten Präsidentschaftswahlen so haben ausfallen können.

Schweitzer, Eva C.: Tea Party – Weisse Wut. dtv, 978-3-42324-904-1

Wenn das Böse am Mittwoch kommt

Juni 2004. Ein Mann parkt ein Fahrrad auf dem Bürgersteig der Kölner Keupstrasse und geht davon. Wenig später detoniert eine Nagelbombe, die auf dem Gepäckträger des Zweirades montiert war. Viele Menschen werden in der gutfrequentierten Keupstrasse, welche insbesondere Treffpunkt migrantischer Komunities ist, verletzt. Erst als 2011 der so genannte Nationalsozialistische Untergrund (NSU) auffliegt, werden nicht mehr die eigentlichen Opfer als Täter_innen verdächtigt.

In diesem Film mischen sich dokumentarische Szenen mit schauspielerischen Darstellungen der damaligen Ereignisse und es kommen endlich jene zu Wort, denen so lange kein Gehör gegeben wurde: die Betroffenen.

Maus, Andreas: Der Kuaför aus der Keupstrasse. Indigo, 4015698006131

Vom 17. bis 21. Mai luden Aktivist_innen, Initiativen sowie Theater- und Kunstschaffende zum «Tribunal – NSU-Komplex auflösen» nach Köln. An dieser Stelle erlauben wir uns einen Besucher_innenbericht.

Tribunal «NSU-Komplex auflösen»: ein Rückblick

Gemeinsam zuhören!

Unter dem Titel «Gemeinsam eine Stimme» haben wir im letzten Heft auf das Tribunal in Köln hingewiesen. Ein besonderes Gewicht lag jedoch auf dem Zuhören. Den Betroffenen rassistischer Gewalt, den Opfern rechten Terrors sowie ihren Angehörigen zuhören und gemeinsam erinnern – mit dem klaren Ziel strukturellen Rassismus aufzuzeigen, Verantwortliche zu benennen und letztlich anzuklagen. Die am Samstag vorgestellte Anklageschrift – leider kein Ergebnis der gemeinsamen Auseinandersetzung, aber trotzdem ein beeindruckendes Produkt umfassender Recherche – nennt Namen. Nicht nur Namen von Neonazis, sondern auch zahlreiche Namen von Beamt_innen, Journalist_innen, Richter_innen, Staatsanwält_innen und Politiker_innen. Damit steht die Anklage im Widerspruch zur Darstellung der Bundesanwaltschaft, die den Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) als Werk einiger Weniger verharmlost und die Beteiligung staatlicher Institutionen bisher vollständig ausklammert. Veranstaltungen wie das Tribunal dienen immer auch dazu, behördliche Narrative herauszufordern. In diesem Zusammenhang besonders beeindruckend war die Präsentation von Forensic Architecture, welches die Aussage des Verfassungsschutzbeamten Andreas Temme mithilfe einer Tatortrekonstruktion überprüft hat. Das Ergebnis: Temme muss – entgegen seiner Aussage – den am Boden liegenden Halit Yozgat gesehen haben.

Insbesondere hatten die Organisator_innen in der Ankündigung aber versprochen, das Tribunal

biete den Opfern des NSU-Komplexes Raum, um Schmerz, Wut, Forderungen und Hoffnungen zu artikulieren. Mit den Redebeiträgen von Anwohner_innen der Keupstrasse und Angehörigen von NSU-Opfern, aber auch der Ausschwitz-Überlebenden Esther Bejarano, Gülistan Avcı, Ehefrau des 1985 in Hamburg von Skinheads ermordeten Ramazan Avcı, und Überlebenden der Pogrome von 1992 wurde ein vielstimmiges Sprechen über rechte Gewalt ermöglicht. Ibrahim Arslan, Überlebender der Brandanschläge in Mölln 1992, verdeutlichte, dass es genau diese Stimmen braucht: «Wir, die Betroffenen, sind keine Statist_innen. Wir sind die Hauptzeug_innen des Geschehenen!». Die Perspektive der Betroffenen ist in Analyse und Aktion stets miteinzubeziehen. In diesem Sinne stellte auch Gülistan Avcı klar: «Wir brauchen nicht eure Stimmen, unsere eigenen sind laut genug. Wir wollen, dass man uns zuhört».

Das mehrtägige Tribunal in Köln hat einen wichtigen Ausgangspunkt für eine vielschichtige Auseinandersetzung geboten – der Prozess ist aber noch lange nicht abgeschlossen. In den Worten Esther Bejarano's: «Wir alle haben die Pflicht Verantwortung zu übernehmen, solidarisch mit den Opfern rassistischer Gewalt zu sein und ihnen zur Seite zu stehen, zuzuhören und ihnen das Gefühl zu geben, dass sie nie wieder alleine sein werden».

Redaktion

Die Anklageschrift des Tribunals ist vollständig veröffentlicht und steht unter folgendem Link zu Verfügung: http://www.nsu-tribunal.de/wp-content/uploads/2017/05/NSU-Tribunal_Anklageschrift.pdf
Auch die Ergebnisse von Forensic Architecture sind im Internet veröffentlicht: http://www.forensic-architecture.org/case/77sqm_926min/



Impressum:

Wir halten dich auf dem Laufenden und bieten viele Hintergrundinfos:

- <http://www.antifa.ch>
- Lautstark abonnieren: info@antifa.ch
- Die Inhalte dürfen nur unverändert und unter Quellenangabe weiterverwendet werden:



infos



Was kannst du tun?

Antifaschistische Arbeit passiert nicht von selber; alle können und sollen dazu beitragen:

- Stellst du in deiner Umgebung rechte Aufkleber fest?
- Arbeitest du im Betrieb mit einem Neonazi?
- Hast du ein «merkwürdiges» Treffen beobachtet?
- Wurdest du Opfer eines rechtsextremen Übergriffs?

Teilt uns eure Beobachtungen mit. Gerne helfen wir euch, Strategien gegen Rechts zu entwickeln oder euch zu organisieren: info@antifa.ch

aufruf